

# Der Deutsche Metallarbeiter.

## Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
Postzeitungsliste Nr. 1944a.  
Anzeigenpreis die 3gespaltene Petit-  
zeile 40 Bfg.  
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:  
Duisburg, Seitenstraße 19.  
Schluß der Redaktion: Montag  
Abend 6 Uhr.  
Zuschriften, Abonnementbestellungen  
u. sind an die Geschäftsstelle Seiten-  
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

### Die Verhandlungsfrage

hat seit dem Erstarken der Arbeiterorganisationen den Unternehmern stets großes Kopfschmerzen gemacht. Im Klein- und Mittelgewerbe haben sich die Arbeitgeber schon dazu bequemen müssen, den Prozenstandpunkt zu verlassen und mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Die in mächtigen Verbänden straff zusammengeschlossenen Großindustriellen haben sich bis zur Gegenwart noch mit allen Mitteln dagegen gestemmt, den Weg der Verständigung durch gegenseitiges Verhandeln mit den Arbeitern zu betreten, getreu dem Ausspruch Buecks: Die wirtschaftliche Gleichberechtigung des Arbeiters wird von uns nie anerkannt. Man hat gewöhnlich nicht nur das Verhandeln mit den Gewerkschaften abgelehnt, sondern auch die eigenen beteiligten Arbeiter zurückgewiesen. So hieß es noch beim letzten großen Ruhrbergarbeiterstreik von Seiten der Beidenbeijer kategorisch: Wir verhandeln nicht. Beachtenswert ist daher ein Beschluß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller bezüglich der Verhandlungsfrage, der in einer Sitzung am 20. März einstimmig gefaßt wurde und nach einem Bericht der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 14) folgenden Wortlaut hat:

- a) „Arbeiterchaften, welche im Ausstand sind, oder in den Ausstand treten wollen, ist, wenn sie zu verhandeln gewillt sind, anheimzugeben, aus ihrer Mitte eine Kommission zu ernennen, welche den Auftrag erhält, mit einer Kommission der betreffenden Arbeitgeber zu verhandeln. Die Stärke der Kommission soll 7 Personen von jeder Seite in der Regel nicht überschreiten.
- b) Wo frei gewählte Kommissionen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern verhandeln, sollte nicht mehr als ein Berater auf jeder Seite hinzugezogen werden dürfen.
- c) Auf keinen Fall soll der einzelne Arbeitgeber mit der Organisation der Arbeitnehmer verhandeln. Auch die Verhandlungen von Organisation zu Organisation sind zu vermeiden, damit die in a vorgeschlagene Verhandlungsform zu allgemeiner Einführung gelangen kann.
- d) Bei etwaiger Gesamtaussperrung hätten die den bereits in Tätigkeit gewesenen Verhandlungskommissionen angehörenden Arbeitnehmer eine Kommission von 7 Personen zu ernennen, welche mit einer vom Ausschuß des Gesamtverbandes zu wählenden Kommission von 7 Personen zu verhandeln hätte. Die der Kommission angehörenden Arbeitgeber und Arbeiter brauchen an dem Streite, welcher zur Gesamtaussperrung geführt hat, nicht sämtlich direkt beteiligt gewesen zu sein.
- e) Wenn unter Mitwirkung dritter Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossen werden, so ist die Formulierung der Vereinbarungen nicht dem Dritten zu überlassen.“

Die Arbeitgeber-Zeitung lobt das weitblickende Verständnis des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller über alle Massen, und nennt diesen Beschluß „einen sehr beachtenswerten Schritt auf dem Wege zur Sicherung des Arbeitsfriedens“, der hoffentlich die Anerkennung der Gewerkschaften wie der breiteren Öffentlichkeit finden werde. Es soll gewiß anerkannt werden, daß mit diesem Beschluß ein kleiner Schritt zur Verständigung gemacht ist. Insofern bedeutet er den Durchbruch einer besseren Erkenntnis in großkapitalistischen Arbeitgeberkreisen und die Arbeiter würden unklug handeln, wenn sie

den Beschluß nicht als eine Abzlagszahlung akzeptieren wollten. Aber trotzdem ist der Beschluß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller nur halbe Arbeit. Warum die Organisationen, die legitimen Träger der beiderseitigen Interessen, von dieser ihrer ureigensten Aufgabe nämlich der Regelung des Arbeitsvertrages, ausschließen? Abgesehen davon, daß dieses auch dem kapitalträchtigsten Unternehmertum auf die Dauer gar nicht möglich sein wird, ist es schon für die gegenwärtigen Verhältnisse im Wirtschaftsleben, — und das trifft auch für die Metallindustrie zu — ein ungesunder und deshalb auch unhaltbarer Standpunkt. Das hat man auch in den führenden Kreisen der Metallindustriellen gefühlt und einen Ersatz für diese Lücke, ein kleines Pflaster für diesen wunden Punkt gesucht. Dieses Pflaster soll der „Berater“ sein, der von jeder Partei zugezogen werden kann. Wie falsch der Standpunkt ist, die Organisationen von den Verhandlungen auszuschließen, wird von der Arbeitgeber-Zeitung selbst, — wenn auch unabsichtlich — so treffend begründet, daß es auch von einem Gewerkschaftsblatt in ein paar Zeilen nicht besser gezeichnet kann. Die Arbeitgeber-Zeitung schreibt nämlich:

„Die Mitglieder des Gesamtverbandes werden hinfort in keine Verhandlung ohne Hinzuziehung eines ihrer Geschäftsführer eintreten, weil es sich herausgestellt hat, daß die Arbeitgeber in den einschlägigen Gesetzesbestimmungen nicht derart bewandert sind, um ohne sachmännischen Beistand mit den Arbeitern verhandeln zu können. Schon aus paritätischen Rücksichten erscheint es angebracht, dessen geboren, auch der Gegenseite eine sachmännische Beratung, zuzugestehen.“

Was das Unternehmerblatt hier von den Arbeitgebern sagt, das trifft in viel verstärkterem Maße auf die Arbeiter zu. Darum haben sie stets verlangt daß ihre Organisationsvertreter die Verhandlungen für die Arbeiter zu führen haben. Denn viel weniger wie einem Arbeitgeber wird es dem Arbeiter in der Regel möglich sein, sich den nötigen Weitblick im Wirtschaftsgetriebe und diejenige Kenntnis der einschlägigen Gesetzesbestimmungen anzueignen, die zum Verhandeln unbedingt erforderlich sind.

Die von der Arbeitgeber-Zeitung angeführten Gründe zur Ausschaltung der Organisationen sind gesucht und verraten wenig Kenntnis der tatsächlichen Verhältnisse. Sie weist nämlich darauf hin, daß nur ein Teil der Arbeiter organisiert sei und die Organisierten noch in verschiedenen Richtungen gespalten seien. Diese Vielfältigkeit mache eine einheitliche Regelung in Sachen der Verhandlungsfrage unmöglich. Diese Gründe sind durchaus nicht stichhaltig. Die Unorganisierten kommen bei Verhandlungen überhaupt nicht in Betracht und auch durch das Vorhandensein mehrerer Organisationsvertreter würden die Verhandlungen gar nicht erschwert, wie die Erfahrung schon zur Genüge bewiesen hat. Daß auch die freigewählten Kommissionen stets die besten und rührigsten Mitglieder der Organisationen, ferner, daß die Kommissionen auf den Rückhalt der Gewerkschaften angewiesen sind, das ist auch den Industriellen eine bekannte Tatsache. Pro Forma sind die Gewerkschaften also gemäß der vorgeschlagenen Verhandlungsform ausgeschlossen, in Wirklichkeit aber machen sie die Arbeit; sie sind die Träger und die Ausführer des ganzen Verhandlungsganges. Schon daraus ist die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes, die Halbheit des erwähnten Beschlusses deutlich zu erkennen. Die Ab-

neigung der Metallindustriellen gegen die Gewerkschaften, ihre strikte Gegnerschaft in der prinzipiell so wichtigen Frage der korporativen Arbeits-(Tarif)-Verträge hat sie eben noch nicht über den ersten Schritt hinausgehen lassen. Wie wenig insbesondere die Vielfältigkeit der Organisationsrichtungen ein Grund sein kann, die Organisationen auszuschließen, beweist das Beispiel Englands, wo die Metall- und Hüttenarbeiter in noch viel mehr Verbände zerplittert sind wie bei uns in Deutschland und wo trotzdem gerade in der Großmetallindustrie der Kollektiv-Arbeitsvertrag mit am besten und vollkommensten ausgebaut ist.

Eine höchst sonderbare und schwer verständliche Auffassung gibt die Arbeitgeber-Zeitung in folgenden Ausführungen kund:

„Die beschriebene Verhandlungsform dürfte unserer Vermutung nach vorzugsweise den Beifall der schwächeren d. h. also der auf nationalem stehenden Arbeiterorganisationen finden, weil diesen daraus die Möglichkeit erwächst, ihrerseits hinfort mehr Geltung zu erlangen, als es bisher gemeinhin der Fall war; denn sie werden eben in der Lage sein, bei der Auswahl der Berater mit den stärkeren Organisationen zu alternieren.“

Das gerade Gegenteil von dem ist Tatsache, was die Arbeitgeber-Zeitung anzunehmen scheint. Diese Verhandlungsform kann den Beifall der schwächeren, nationalen Organisationen, nicht finden und zwar aus dem einfachen Grunde, weil damit stets die Minderheiten ausgeschaltet sind. Nur ein Berater — der ja stets Gewerkschaftsbeamter sein wird — soll zugelassen werden. Das wird immer der Vertreter der stärkeren, in den meisten Fällen also der sozialdemokratischen Richtung sein. Der Minderheit soll es nicht gestattet sein, auch ihrerseits einen Berater zu benennen, sie wird also nicht vertreten sein. Soll die vorgeschlagene Verhandlungsform den Beifall der christlichen Gewerkschaften finden, dann müßte der Beschluß unbedingt dahin ergänzt werden, daß jede der beteiligten Arbeiterorganisationen einen Berater benennen könnte; damit wäre auch den Minderheiten Rechnung getragen. Die Verhandlungen brauchten nicht im geringsten darunter zu leiden und würden dieses auch nicht, eher wäre das Gegenteil anzunehmen. Hoffentlich werden die Metallindustriellen diesem berechtigten Verlangen der Minderheiten Rechnung tragen und ihren Beschluß in diesem Sinne erweitern. In Voraussetzung dieser Ergänzung würden die christlich-organisierten Arbeiter den gewiß beachtenswerten Beschluß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller als eine Abzlagszahlung betrachten und es ihrerseits gewiß nicht daran fehlen lassen, vorläufig einmal an dieser Grundlage an der gegenseitigen friedlichen Verständigung im Wirtschaftsleben mitzuwirken. In absehbarer Zeit werden die Verhandlungen auch in der Großindustrie, doch von Organisation zu Organisation geführt werden, wie es heute ja tatsächlich schon in einer Reihe von Gewerben der Fall ist. Mit jedem Metallarbeiter, den wir der Berufsorganisation zuführen, wird dieses Ziel näher gerückt. Die Stärke der Organisationen wird der Kompens für die Form der Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein und diese Einsenwahrheit muß auch den christlich gesinnten Metallarbeitern den Weg zeigen, der sie in die Organisation hinein führt.



# Zur Frage des Arbeitsnachweises

erhalten wir von einem Kollegen folgenden Beitrag:

Der Arbeitsvermittlung wird von seiten vieler anderer Ortsgruppen nicht die Bedeutung beigegeben — sei es durch Mißerfolge in dieser Hinsicht oder Interessenlosigkeit — die ihrem Werte und ihrer Bedeutung entspricht. Diese Angelegenheit verdient schon darum eine nähere Besprechung, weil die Arbeitsvermittlung auch auf unser Unterstützungsweesen, vornehmlich auf die Erwerbslosen-Unterstützung von großer finanzieller Tragweite ist. Die Stellenvermittlung kann zwar die Arbeitsgelegenheiten an sich nicht vermehren, wohl aber eine bessere Ausnützung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten herbeiführen. Es kommt nicht selten vor, daß an einem Ort der Verband arbeitslose Mitglieder zu unterstützen hat, indes am selben Ort vielleicht Arbeitsgelegenheit vorhanden wäre, ohne daß dies dem betreffenden Kollegen oder der in Betracht kommenden Ortsleitung bekannt ist. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß das System der Stellenvermittlung von den Ortsgruppen unseres Verbandes energischer wie bisher in die Hand genommen, das heißt organisiert wird. Es wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, eine bessere Verteilung der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkte zu bewirken. Dadurch wird auch ein Einfluß auf das Gesetz von Angebot und Nachfrage ausgeübt. Die Zufälligkeiten und Härten, die damit verbunden sind, wenigstens zum Teil, ausgeglichen. Es gibt gewiß auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse keinen günstigen Ausschlag, wenn in ein und demselben Betrieb, an einem Tage, vielleicht 10 bis 20 und noch mehr Stellenjuchende vorsprechen, was auf Zufall zurückgeführt werden kann. Hier wird der Unternehmer ganz gewiß einen falschen, für ihn äußerst günstigen Eindruck von den augenblicklich überzähligen Arbeitskräften gewinnen und dies wird wiederum bei dem Verhalten gegenüber dem Arbeiter bzw. der Lohnverhältnisse zum Ausdruck kommen. Der Arbeitgeber wird häufig zu Lohnreduzierungen viel eher geneigt sein, auf alle Fälle aber etwaigen Lohnforderungen hartnäckigen Widerstand entgegenzusetzen, wenn tagtäglich die Arbeitslosen an den Fabrikatoren ihre Arbeitskraft anbieten.

Hier nun ist es Aufgabe der Arbeiterorganisationen, System in die Stellenvermittlung zu bringen. Jede Zahlstelle sollte bemüht sein, auf diesem Gebiete ihr möglichstes zu leisten. Es seien hier einige Anregungen gegeben, wie die Vermittlung mit Erfolg betrieben werden kann. Für diejenigen Bezirke oder Ortsgruppen, welche in der Lage sind, freigestellte Beamte aufweisen zu können, hat die Durchführung ja keine wesentlichen Schwierigkeiten. Bei Ortsgruppen, wo das nicht der Fall ist, köpft man allerdings auf Schwierigkeiten aus dem Grunde weil nicht überall geeignete Kräfte vorhanden sind, welche sich der Sache zur Verfügung stellen, es fehlt auch in diesen Fällen an der notwendigen Zeit. In manchen unserer Zahlstellen dürfte es auch noch an der Opferfreudigkeit fehlen, die nötig ist, um mit dieser Einrichtung auch praktische Erfolge zu erzielen. Zur systematischen Durchführung müssen einige Kollegen sich bereit erklären, dem Arbeitsnachweis regelmäßig des Abends zu bestimmten Stunden, sei es in der Wohnung oder auch im Vereinslokal, vorzutreten. Selbstverständlich kann sich nicht ein einzelner für alle Abende der Woche festlegen, sondern es muß hier von einigen dazu bestimmten, verlässigen Kollegen abgewechselt werden. Ist der Arbeitsnachweis ein oder mehrere Abende der Woche unbelegt, so wird dadurch eine regelmäßige Funktion unmöglich gemacht. Hier muß sich der Uebernehmer dieses Amtes zur Pflicht machen, bei Behinderung stets für Ersatz zu sorgen. Die Bewienung des Arbeitsnachweises dürfte auch dann, wenn derselbe in einem Gasthaus sein Standquartier haben sollte, nicht mit Kosten für die einzelnen verbunden sein, wenn derselbe da Unterkommen findet, wo die Versammlungen regelmäßig stattfinden oder eine größere Anzahl christlicher Arbeiter den Lokalinhaber durch händige Kundschaft sich verbindlich machen. Hier läßt sich, sowohl für den Vorsteher des Arbeitsnachweises, wie auch für die Stellenjuchenden ohne Schwierigkeiten der Zwang ausbilden.

Soll der Arbeitsnachweis mit Erfolg durchgeführt werden, so ist es notwendig, daß derselbe auch bedient wird, sowohl von den Arbeitgebern, wie auch von den Arbeitnehmern. Bei Einführung einer Stellenvermittlung ist es deshalb notwendig, daß die Einrichtung den am Orte befindlichen Arbeitgebern, sei es durch die Presse, Plakatierung oder auch durch Rundschreiben bekanntgegeben und dies von Zeit

zu Zeit wiederholt wird. Ebenso muß es den Mitgliedern, insbesondere den Vertrauensmännern, zur Pflicht gemacht werden, jede freigewordene Stelle in ihrem Betrieb sofort dem Arbeitsnachweis zu melden. Kann dies nicht persönlich geschehen, so sollen die Kollegen die Kosten nicht scheuen und die Benachrichtigung durch die Post bewerkstelligen. Die dadurch erwachsenen Kosten können durch die Lokalkasse zurückvergütet werden. Dieser Art der Benachrichtigung kann sich dann jedes Mitglied unterziehen, da der Zeitverlust durch Schreiben einer Karte so gering ist, daß dies selbst während der Mittagspause stattfinden kann. Ebenso soll sich der Arbeitsnachweis stets der in der Tagespresse enthaltenen Inserate bedienen. Dies ist schon darum nötig, weil den einzelnen Mitgliedern die gegnerische Presse nicht zur Verfügung steht und ihnen somit die dort angebotenen Stellen entgehen. Ueber die Tätigkeit des Arbeitsnachweises kann ein eigenes Buch geführt werden, in welchem sowohl die Stellenangebote, die Zahl der Arbeitsjuchenden, wie auch die durch die Vermittlung desselben besetzten Stellen eingetragen werden. Das dadurch gewonnene Material kann zu statistischen Erhebungen Verwendung finden.

Sollen nun die Arbeitgeber Vertrauen zu dieser Einrichtung unserer Ortsgruppen gewinnen, so ist es notwendig, daß man mit allen Mitteln danach trachtet, die Nachfrage auch zu befriedigen. Nur auf diese Weise können wir uns der dauernden Inanspruchnahme seitens der Arbeitgebererschaft sichern. Wird es aber vorkommen, daß sich Unternehmer zu wiederholtem Male vergeblich an den Arbeitsnachweis wenden, so werden sie die Einrichtung als nutzlos betrachten und auf anderem Wege ihren Bedarf decken. Aus diesem Grunde dürfen sich die einzelnen Ortsgruppen nicht isolieren, sondern müssen gegenseitig in Verbindung treten, wobei die Vermittlung und Benachrichtigung der Bezirksleitungen gute Dienste leisten können. Dann aber auch fort mit jeder Strömungspolitik. In manchen Ortsgruppen herrscht der kleinliche Geist, die gewonnenen Mitglieder festzuhalten, selbst auf Kosten der Verbandskasse. Man bezahlt den Mitgliedern, trotzdem keine Aussicht vorhanden ist, am Orte baldigst Arbeit zu erhalten, monatlange Unterstützungen aus, nur um sie der Zahlstelle zu erhalten. Dieser Standpunkt muß unter allen Umständen aus den örtlichen Zahlstellen weichen, selbst dann, wenn Kollegen in Betracht kommen, die sich durch ihre Betätigung in der Ortsgruppe ausgezeichnet haben. Deren Kraft geht der Gesamtheit deshalb nicht verloren. Dadurch aber wird die Inanspruchnahme der Arbeitslosenunterstützung beschränkt und die Verbandskasse gespart. Dies wird durch die Einrichtung von Arbeitsnachweisen, die sich bei Bedarf gegenseitig unterstützen, am besten erreicht. Den Arbeitslosen und auch Streitenden wird es wohl selbst lieb sein, baldigst wieder auskömmlichen Verdienst zu erhalten. Die Unterstützungen stellen, so hoch sie auch bemessen sind, doch stets nur einen Nothbehelf dar, so daß es jedem willkommen sein wird, seinen vollen Verdienst wieder zu erhalten und sein Jahres-Einkommen möglichst zu erhöhen.

Es soll dann fernerhin auch noch darauf hingewiesen werden, daß sich die Arbeitsvermittlung auch für agitatorische Zwecke verwenden läßt. Um das Bedürfnis der Arbeitgeber befriedigen zu können, deren Vertrauen und dauernde Inanspruchnahme zu erhalten, wird man nicht umhin können, bei Mangel an arbeitslosen Mitgliedern unseres Verbandes die Stellen auch mit Unorganisierten zu besetzen. In diesem Falle mag man sich in erster Linie mit den Arbeiter- und Gezellenvereinen (beider Konfessionen) in Verbindung setzen und deren Mitglieder heranziehen. Diese wird man dann durch die Aussicht, durch Vermittlung der Organisation der Arbeitslosigkeit entrückt zu sein, leicht als Mitglieder gewinnen können. Ist die Stellenvermittlung von unserem Verband über das ganze Reich ausgedehnt, so wird sie eines unserer wichtigsten Agitationsmittel darstellen. Wenn wir auch jetzt eine Zeit der Hochkonjunktur vor uns haben, wo verhältnismäßig nur wenig Arbeitslose vorhanden sind, so müssen wir doch bestrebt sein, jetzt zu ruhigen Zeiten an dem Ausbau dieser Einrichtung zu arbeiten, um bei der nächsten wirtschaftlichen Krisis ein besser ausgebautes Stellenvermittlungsweesen zur Verfügung zu haben.

Mögen nun die einzelnen Ortsgruppen und Bezirksleitungen bemüht sein, vorstehendes in die Praxis umzusetzen, mithelfen die Zentrale für ernste Zeiten zu stärken und unsern Mitgliedern in der Beschaffung von Arbeit und damit der nötigen Existenzmittel so viel wie möglich Rechnung zu tragen.

# Der H'reinfall des Herrn Vorhölzer in der

## Beleidigungsflage Vorhölzer contra Wieber

In Nr. 24 unseres Organs vom Jahre 1906 brachten wir einen Artikel, betitelt: Arbeiterverrat, gerichtliche Abweisung der Klage und kein Gegenbeweis.

Die Sache handelte von einer Klage Vorhölzer gegen den Redakteur der Furtwanger Zeitung. Am Amtsgericht Stuttgart war die Klage als nicht zuständig abgewiesen, auf eine weitere Klage hatte angeblich der Kosten wegen Herr Vorhölzer verzichtet. Der Redakteur erklärte sich in der Furtwanger Zeitung bereit, eine Zuschuß des Herrn Vorhölzer aufzunehmen, wenn derselbe den Beweis erbrachte, daß er niemals Arbeiterverrat verübt habe! Wir knüpften daran die Bemerkung: „Mit Rücksicht darauf, daß der Herr gern zum Cadi geht, möchten wir nur die schüchternen Frage an Herrn Vorhölzer richten, warum er dem Wunsche des Redakteurs nicht nachgekommen ist oder war die Sache zu brenzlich?“ Soweit der Tatbestand.

Darüber fühlte sich genannter Vorhölzer beleidigt und strengte Klage an am Amtsgericht in Stuttgart. In einem weiteren Artikel betitelt: „Herr Vorhölzer läuft zum Cadi“ in Nr. 28 unseres Organs, glaubte Herr Vorhölzer noch eine weitere Beschädigung seiner Ehre zu erblicken und stellte auch diesen Artikel mit unter Anklage.

Dagegen hatte genannter Herr Vorhölzer in einer Versammlung, in Frankenthal die Mitglieder unseres Verbandes als Lumpenpack, Lumpengeindel, Streikbrecherorganisation beschimpft. Dieserhalb war Gegentlage seitens unseres Verbandsvorsitzenden Wieber erhoben.

Das Amtsgericht in Stuttgart wies in seiner ersten Verhandlung die Vorhölzer'sche Klage als nicht zuständig zurück, weil „Der deutsche Metallarbeiter“ (unser Organ) nicht genügend in Stuttgart verbreitet sei. Unser Vertreter nahm daraufhin auch die von Wieber eingelegte Gegentlage zurück.

Herr Vorhölzer beruhigte sich indes nicht mit dem Bescheid des Amtsgerichts, sondern erhob Rekurs beim Landgericht und dieses verfügte die Kompetenz des Stuttgarter Gerichts, weil außer den Postabonnenten eine erhebliche Zahl unseres Organs unter unsern Mitgliedern daselbst verbreitet würden. Die zurückgenommene Widerklage konnte dagegen nicht wieder aufgenommen werden.

Die Gerichtsverhandlung, welche zirka 2 Stunden dauerte, fand am Samstag, den 6. April vor dem Schöffengericht in Stuttgart statt. Der Angeklagte war vom persönlichen Erscheinen entbunden und in Duisburg kommissarisch vernommen worden.

Die Verhandlung, selbst gestaltete sich höchst interessant, für Herrn Vorhölzer aber sehr deprimierend. Nachdem die Anklageakte verlesen, und der gegnerische Vertreter eine exemplarische Strafe für Wieber beantragt hatte, wurde seitens unseres Vertreters beantragt, die Personalien und event. Vorstrafen Vorhölzers zur Kenntnis zu bringen. Letzterer wie auch sein Vertreter wehrten sich mit aller Beredsamkeit dagegen. Auf die Frage des Richters ob er schon vorbestraft sei, antwortete Vorhölzer fest mit „Nein.“ Es stellte sich aber heraus, daß derselbe ein erhebliches Strafregister auf dem Kerbholz hatte. Aus kollegialen Rücksichten gegenüber Herrn Vorhölzer wollen wir die Sache übergehen und keine Einzelheiten anführen, auch keine weiteren Kommentare anknüpfen, meinen aber, der Herr hätte Grund, etwas bescheidener in Zukunft aufzutreten. Kläger bestritt die beleidigenden Äußerungen in Frankenthal getan zu haben, konnte aber auch vor Gericht nicht unterlassen, von einer Spitzsubentaktif der Christlichen zu reden.

In der weiteren Verhandlung zog die Gegenpartei den ersten Teil der Klage zurück und wollte nur noch den zweiten Artikel unter Klage gestellt wissen, was aber von unserm Vertreter sowie auch vom Gericht nicht für zulässig erklärt wurde. Nach 1 1/2 stündiger Beweisaufnahme zog sich der Gerichtshof zurück und nach 3/4 stündiger Beratung wurde folgendes Urteil verkündet:

„Der Angeklagte Franz Wieber wird freigesprochen, der Privatkläger hat sämtliche Kosten zu tragen, auch die dem Angeklagten entstandenen Auslagen zu ersetzen.“

Begründung: „Das Gericht konnte in dem ersten Artikel nichts Beleidigendes erblicken, da derselbe nur das mitteilte, was schon in einer anderen Zeitung gestanden und der Kläger seine Ehre



da zu wahren veräußerte. Diejenigen Punkte aber, welche als beleidigend anzusehen, können nicht bestraft werden, da dem Angeklagten der Schutz des Paragraphen 193 des Strafgesetzbuches für jeden einzelnen Fall zuerkannt werden muß, da derselbe nur in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt hat.

Der zweite Artikel muß überhaupt als nicht beleidigend betrachtet werden, da in demselben nur Tatsachen berichtet worden sind. Das Gericht ist durch die bei der Verhandlung seitens des Klägers gebrauchten groben und schweren Ausdrücke, besonders Spitzbubentaktik u. d. zu der Ueberzeugung gelangt, daß Kläger in Frankenthal die schweren Beleidigungen gebrauchte. Der Angeklagte ist auf dieses hin als Vorstand und Redakteur seines christlichen Verbandes nicht bloß berechtigt, sondern auch verpflichtet gewesen, auch in der Öffentlichkeit — und dieses ist für denselben seine Zeitung — die schweren Beleidigungen und Vorwürfe zurückzuweisen, andernfalls würde der Angeklagte seinen Posten nicht ausfüllen. Wenn hierbei einige starke Ausdrücke unterschläpft sind, müsse ihm unbedingt der Schutz des Gesetzes zuerkannt werden, da dieses nicht im Sinne einer Beleidigung, sondern voll und ganz nur in Wahrung berechtigter Interessen geschehen ist. Somit hat der Angeklagte freigesprochen und dem Kläger zu Recht sämtliche Kosten auferlegt werden müssen.

Das Urteil bedeutet eine glänzende Rechtfertigung unseres Verbandsvorsitzenden und einen schweren Percussus des Herrn Vorhölzer. Derselbe würde noch größer gewesen sein, wenn die Gegenklage aufrecht erhalten worden wäre. Herr Vorhölzer mag sich übrigens mit seinen Kollegen in Düsseldorf trösten, welche auf Staatsanwalt und Landgericht gegen Wieber in Tätigkeit brachten, um Verurteilungen, welche nicht den Anforderungen des Paragraphen 11 des Pressgesetzes entsprachen, zu erzwingen. Die Angelegenheit verlief ebenfalls wie das Hornberger Schießen.

Herr Vorhölzer will indes sein Glück auch noch mal am Landgericht versuchen, indem er gegen das Urteil Berufung einlegte.

## Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

### Der Deutsche (soziald.) Metallarbeiterverband im Jahre 1906.

Die „Metallarbeiter-Zeitung“ bringt in Nr. 15 die Abrechnung des genannten Verbandes vom Jahre 1906. Darnach beträgt die Zahl der Mitglieder am Jahresabschluss 335 075 gegen 259 692 des Vorjahres. Die Einnahmen an Beiträgen betragen 7 877 855 M. An Beitrittsgebühren 88 155 M. 80 Pfg. Der Bericht sagt ebenfalls über starke Fluktuation: von den aufgenommenen 187 427 Mitgliedern blieben im Verband 75 383, gleich 40,53 Prozent gegen 41,09 im Jahre 1905; 34,99 Proz. im Jahre 1904 und 30,48 Proz. im Jahre 1903.

Ausgaben für Streiks und Ausperrungen bezeichnet der Bericht 2 816 390 M. 80 Pfg. Die verfuhrte und im Sand verlaufene Formerbewegung hat allein 1 768 301 Mark verschlungen. Für Erwerbslosenunterstützung a) Krankheit 1/2 Jahr, wurden 719 664 M. 35 Pfg., b) Arbeitslosigkeit 568 138 Mark 39 Pfg. verausgabt. Die Gesamteinnahmen und -Ausgaben des Verbandes balanzieren mit 8 615 771 M. 53 Pfg. Die Einnahmen waren gegen das Jahr 1905 gestiegen um 3 188 279 Mark.

Aber trotz dieser großen Steigerung der Einnahmen stehen die Finanzen des Verbandes geradezu kläglich. Der ganze Vermögensbestand des Verbandes hat sich nur um 422 452 Mark gehoben, und die sind in Hypotheken und Darlehen unverfügbar festgelegt. Das eigentliche verfügbare Barvermögen und Bankguthaben beträgt nur 955 759 Mark (im Vorjahr 995 687 M.), hat sich also gegen das Vorjahr bedeutend vermindert. Während im Jahre 1905 noch zirka 4 Mark pro Kopf und Mitglied entfielen, hat sich dasselbe im Jahre 1906 auf zwei zweidrittel Mark pro Kopf und Mitglied reduziert. Dagegen beträgt es in unserem Verband 12 Mark pro Kopf und Mitglied.

Angehts dieses münzigen Klassenvermögens des freien Verbandes ist es selbstverständlich, daß selbst der Metallarbeiterzeitung die Erkenntnis kommt, daß die Finanzwirtschaft besser werden muß. Sie schreibt: „Die früher schon, müssen wir auch jetzt wieder betonen, daß für unseren Verband eine viel größere finanzielle Reserve nötig ist, als wir sie seit Jahren besitzen“. Die Erkenntnis ist ja gut, aber wir begrei-

fen, ob die Taten folgen; um dieses zu erreichen, mußte der Verband von Grund aus eine andere Taktik einschlagen, wozu ihn aber der Mitgliederhunger gar nicht kommen läßt. Das Geld schmilzt bei diesem großen Verbanne zusammen wie der Schnee vor der Sonne, so daß man nicht weiß, worüber man sich mehr wundern soll, über die Gleichgültigkeit der Führung, die alles durchgehen läßt, oder den Reichtum der Mitglieder, welche eine solche Mißwirtschaft guthießen.

So lange in dieser größten Arbeiterorganisation unseres Berufes solche Zustände herrschen, können die Metallindustriellen beruhigt sein, so lange sind die Metallarbeiter in Deutschland ohnmächtig, worüber alles sozialdemokratische Kampfgeschrei nicht hinwegtäuschen kann. Für die Mitglieder unseres Verbandes aber mag die Wahrnehmung unseres gegnerischen Berufsverbandes ein Ansporn sein, mit allen Kräften für die weitere Ausbreitung und gute finanzielle Fundierung unseres Verbandes zu sorgen.

### Die Frankfurter Heimarbeit-Ausstellung.

Wie schon mitgeteilt worden ist, wird im Herbst d. J. in Frankfurt a. M. eine Ausstellung stattfinden, die ein Bild der Heimarbeit in dem von Rheinhessen und den Gebirgen Westerwald, Vogelsberg, Rhön, Spessart und Odenwald umgrenzten Wirtschaftsgebiet geben will. Im einzelnen sind es folgende Verwaltungsbezirke, die in Betracht kommen: das ganze Großherzogtum Hessen; im Regierungsbezirk Kassel: Fulda, Gelnhausen, Hersfeld, Hanau-Stadt, Hanau-Land, Hünfeld, Kirchhain, Marburg und Schlüchtern; der ganze Regierungsbezirk Wiesbaden; im Kreis Unterfranken und Niederbayern: Alzenau, Michelsberg, Brückenau, Gemünden, Hammelburg, Kitzingen, Lohr, Vellrichtstadt, Miltenberg, Neustadt a. d. S. und Obernburg; in Baden: Weiskel, Heilbronn, Eberbach, Buxen und Weibheim; in der Rheinprovinz: Koblenz, Neumark, Altenkirchen und Wehlart; im Großherzogtum Sachsen-Weimar: Dermbach; in Westfalen der Kreis Siegen.

Angeregt ist die Frankfurter Heimarbeit-Ausstellung durch die Berliner, die im vorigen Jahre stattfand. Für die Frankfurter Ausstellung sind aber zwei neue Gesichtspunkte maßgebend: es wird vollständige Objektivität erstrebt; indem Arbeiter und Arbeitgeber zur Mitarbeit herangezogen werden, und man beabsichtigt, die Sache durch einen großen Stab wissenschaftlicher Mitarbeiter wissenschaftlich zu vertiefen. Zu diesem Zwecke wurden Sachverständige für die einzelnen Zweige der Heimarbeit gebildet — und weitere werden gebildet werden — deren jeder aus einem wissenschaftlichen Leiter, eventuell mit geschulten Hilfskräften, und aus mindestens je einem Arbeitgeber und einem Arbeiter besteht. Nach Bedürfnis werden die Sachverständigen regional geteilt werden, nämlich überall dort, wo die Arbeitsbedingungen der betreffenden Branche sehr verschieden sind oder wo es räumliche Gründe erfordern.

Man ist der Geschäftsstelle der Ausstellung aus der Literatur, durch Behörden und Private schon eine große Anzahl von Heimarbeitswegen bekannt, die in dem erwähnten Wirtschaftsgebiet vorkommen, aber sicher ist noch eine Anzahl vorhanden, die sie nicht kennt. Die Geschäftsstelle wäre daher für Hinweise dankbar, und sie bittet daher Personen, die sozialpolitisches Interesse besitzen und unparteiische Auskunft zu geben geneigt sind (etwa Ärzte, Geistliche, Lehrer u. a.), ihr möglichst bald über folgende Punkte Mitteilungen zu machen:

1. Welche Zweige der Heimarbeit bestehen am Orte des Mitteilenden oder in der näheren Umgegend?
2. Wo haben die Firmen ihren Sitz, Wo befinden sich die Arbeiter?
3. In welchem Umfange wird dort die Heimarbeit betrieben?

Die Mitteilungen, möglichst genau und bald, werden erbeten an die Geschäftsstelle der Heimarbeit-Ausstellung, Frankfurt a. M., Jügelhaus, Jordankstr. 17—21.

### Staatszuschuß zur Arbeitslosen-Versicherung in Dänemark.

Am 9. März nahm das dänische Folketing in dritter Lesung einstimmig einen Gesetzentwurf betreffend die Arbeitslosenversicherung an. Das Gesetz stellt einen jährlichen Staatszuschuß bis zu 240 000 Kronen bereit, woraus den Arbeitslosenklassen ein Drittel ihrer Ausgaben rüchzt werden soll während die Kommunen noch ein Drittel zu decken können. Für die durchschnittliche tägliche Unterstützung ist als Maximum der dritte Teil des gewöhnlichen Arbeitslohnes angelegt, doch nicht unter 50 Öre (0,56 M.) und nicht über 3 Kronen (3,25 M.) täglich. Die Unterstützung wird nur dann gegeben, wenn der Betreffende wenigstens ein Jahr Mitglied der Klasse war und den Beitrag bezahlt hat. Die Unterstützung

wird, abgesehen von Reiseunterstützung, nicht gewährt für die ersten sechs Tage der Arbeitslosigkeit. Für die Klassen der Saisonarbeiter können besondere Bestimmungen getroffen werden. Anerkannte Arbeitslosenklassen dürfen keine Unterstützung gewähren bei einem Ausstand über bei Arbeitslosigkeit, die verursacht ist durch Krankheit oder sonstige Arbeitsunfähigkeit, ferner bei verschuldeter Arbeitslosigkeit oder der Belagerung des Arbeitslosen, eine ihm zugewiesene und seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeit zu übernehmen. Die Aufsicht über die Arbeitslosenklassen wird einem vom Staate besoldeten Arbeitslosigkeitsinspektor übertragen, doch darf damit einstweilen ein Krankenklasseninspektor betraut werden. Die Vertrauensmänner der Klassen wählen einen Ausschuß der verschiedenen Interessenten: Arbeiter, Staat usw., dessen Vorsitzender der vorgenannte Inspektor ist. Die Revision dieses Gesetzes, welches voraussichtlich auch die Zustimmung des Landtings finden wird, ist festgesetzt für das Jahr 1912.

### Das „Gelbe Fieber“ in Krupp'schen Werken.

Im Grusonwerk der Firma Krupp, A.-G., in Magdeburg-Budau züchtet man jetzt auch schon „Gelbe“ Arbeitswilligen-Berline nach Augsburger Muster. Es hat sich ein „Arbeiterverein vom Friedr. Krupp, A.-G., Grusonwerk (S. B.)“ gebildet, dessen Vorsitzender Karl Dietrich (Dreher) in einem Flugblättchen die Arbeiter zum Beitritt auffordert. Genau wie in Augsburg dürfen die Beitretenden weder Sozialdemokrat sein, noch einer anderen Arbeiterorganisation angehören. So soll dem Arbeiter sein geistlich zustehendes Kräftigungsrecht illusorisch gemacht werden. Herr Karl Dietrich redet vom Terrorismus der außenstehenden Organisationen, der den Zusammenbruch der nichtorganisierten Arbeiter zum Gehalt der Selbsterhaltung gemacht habe. Was wir den Machern der Augsburger Gelben gesagt haben, müssen wir auch dem Herrn Karl Dietrich wiederholen. Da er allgemein von den „außenstehenden“ Organisationen spricht, schließt er auch die christlichen Gewerkschaften in den Vorwurf des Terrorismus ein und macht sich damit entweder einer fahrlässigen oder bewußten Unwahrheit schuldig. Diesen Vorwurf, den wir hiermit öffentlich gegen ihn erheben, wird solange auf ihm sitzen, bis er den Beweis für seine Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften erbringt.

Es wird sich nun zeigen, ob die Arbeiterchaft des Grusonwerks so tief gesunken, ob ihr Standesbewußtsein und ihre Arbeiterehre schon so weit Schiffbruch gelitten hat, daß sie sich von einigen Handlangern des Kapitalismus gegen ihren eigenen Stand mißbrauchen läßt. Was bei der sprichwörtlichen Charakterlosigkeit des größten Teils der Augsburger Arbeitermassen möglich gewesen ist, sollte in Magdeburg doch unmöglich sein, oder — wird man auch dort Arbeiter genug finden, die bereit sind, ein Denkmal der Schande für ihren eigenen Stand zu errichten. Das Ende trägt die Last, so wird es auch mit den Gelben Streikbrecher-Gilden gehen; die armen bethörten, oft auch gezwungenen Arbeiter, die zu denselben gehen, werden zu spät einsehen, daß sie Verrat an sich selbst und an ihrem ganzen Stand geübt haben. Für die Arbeiter des Grusonwerks ist es vielleicht noch früh genug. Darum hinweg mit diesen Schmarozkerpflanzen des Wirtschaftslebens, die jedes Selbstbewußtsein im Arbeiter erlöchen, ihr jede Mäßigkeit eines bessern Daseins rauben wollen. Kollegen des Grusonwerks! Schließt Euch dem christlichen Metallarb. Verband an, der weder Terrorismus noch Heße gegen den Arbeitgeber, wohl aber die Gleichberechtigung der Metallarbeiter im Arbeitsverhältnis erkämpfen will.

### Scharfmacher-Schmerzen.

Die württembergische Fabrikinspektion hat sich in ihrem Jahresbericht in sehr sympatischer Weise über die Arbeiterorganisationen geäußert und u. a. geschrieben: „Die zähe Anhänglichkeit der Arbeiter an ihre Gewerkschaftsorganisation beruht auf der durch eine lange Reihe von Tatsachen gewonnenen Ueberzeugung, daß bei der heutigen Konzentration der wirtschaftlichen Machtmittel die Gewerkschaft allein noch imstande sei, den Arbeiter vor einer zu weit gehenden sozialen und wirtschaftlichen Abhängigkeit zu schützen.“ Dann werden die Bestrebungen der Gewerkschaften zur geistlichen Hebung des Arbeiterstandes der Reihe nach mit Anerkennung vermerkt und ihre wirtschaftlichen Arbeitsgebiete nicht minder hervorgehoben. Weiter heißt es dann:

„Der erzieherische und bildende Einfluß der Gewerkschaften auf die Arbeiter wurde von den Unternehmern vielfach übersehen oder nicht zugestanden, obwohl gerade diese Seite der gewerkschaftlichen Tätigkeit, durch welche die Leistungsfähigkeit der deutschen Arbeiter sehr gehoben und gefördert wird, auch den Unternehmern selbst zugute kommt.“



Wiese objektive Würdigung der Arbeiterorganisationen von einer staatlichen Institution hat den heftigsten Widerspruch der Scharfmacher hervorgerufen. Die „Deutsche Arbeitgeberszeitung“ wittert unter der Überschrift: „Fabrikinspektoren als gewerkschaftliche Agenten“ gegen eine solche „Einsseitigkeit und theoretische Verallgemeinerung“, wie sie es nennt. Das sei ein sehr ernstes Symptom für die Tätigkeit dieser Beamten. Unter den Gewerkschaften sei doch ein Unterschied zu machen, denn nicht alle wirkten segensreich. (Die Kreise der Arbeitgeber-Zeitung unterscheiden gemeinhin zwischen selbständigen und „gelben“ Gewerkschaften, letztere allein wirken für die Arbeitgeber natürlich segensreich). Zum Schluß erteilt das Scharfmacherorgan der württembergischen Fabrikinspektion dann folgende Verwarnung: „In Hinsicht hierauf aber möchten wir den Verfassern des obigen Berichts anraten, sich die Welt doch noch etwas genauer anzusehen, bevor sie Melanartikeln für das Gewerkschaftswesen schreiben und dazu beitragen, die schon reichlich vorhandene Verwirrung in den Kreisen der Arbeiter zu vermehren!“ Die Fabrikinspektoren brauchen sich nun von den Scharfmachern keine Vorschriften machen zu lassen, aber man sieht doch wieder, wie prompt die Gegner der Arbeiterorganisationen jede günstige Beurteilung der letzteren zu unterbinden suchen. Und trotzdem werden die Gewerkschaften in ihrer Siegenlaufbahn nicht aufgehalten werden können.

### Ein neues Metallarbeiter-Organ

erscheint seit Anfang d. J. unter dem Titel: „Deutscher Metallarbeiter“. Dasselbe wird herausgegeben von dem sogenannten „Allgemeinen deutschen Metallarbeiter-Verband“, der sich bekanntlich vom deutschen soziald. Metallarbeiterverband abgetrennt hat. Dieser Verband hat sich mit den Lokalorganisationen der soziald. Metallarbeiter, die sich „Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands“ nennen, am 10. März verschmolzen. Diese vereinigten Gruppen geben nun gemeinsam obengenanntes Organ heraus.

Die Wahl des Titels: „Deutscher Metallarbeiter“ kann infolge der täuschenden Ähnlichkeit mit dem Titel unseres Organs „Der deutsche Metallarbeiter“ zu fortwährenden Verwechslungen Anlaß geben, worauf wir hiermit schon aufmerksam machen wollen. Das neue sozialdem. Organ legt sich in seinem Einführungsartikel schon selbst wiederholt unsern Titel bei, indem es statt der „Deutscher Metallarbeiter“ der „deutsche Metallarbeiter“ schreibt. U. E. hätten sich die Herausgeber des neuen Blattes einen andern Titel wählen können, der weniger zu Verwechslungen Anlaß geben konnte.

### Bestrafte Verleumdung.

Wie die meisten sozialdemokratischen Blätter, so hat auch die rote „Rheinische Zeitung“ die „brüderliche“ Angewohnheit, die christlichen Gewerkschaften und ihre Führer in der unsäglichsten Weise zu beschimpfen und zu verleunden. So hatte dieses Blatt am 1. Oktober 1906 folgenden Schimpferguss von sich gegeben:

„Die Aufsaugung der kleinen christlichen Sonderorganisationen durch die mächtigen freien Gewerkschaften würde gar nicht vielen Schwierigkeiten begegnen, wenn das Zentrum nicht darauf bedacht gewesen wäre, so ziemlich sämtliche Beamtenposten in den christlichen Gewerkschaften mit seinen Kreaturen zu besetzen. Wie es die sogenannten interkonfessionellen Organisationen lediglich aus politischen Erwägungen geschaffen hat, so wird es auch Himmel und Hölle in Bewegung setzen, alle Einigungsbestrebungen zu nichte zu machen, bei welchem edlen Geschäft es die verständnisvolle Unterstützung der uns Parteifreund gespannten christlichen Führer findet. Diese Leute vertragen und verkaufen die Arbeiter dreimal am Tage, sofern es nur das Zentrumsinteresse gebietet.“

Durch diese Auslassungen des sozialdemokratischen Blattes haben sich der Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Adam Stegerwald zu Köln, der Vorsitzende des Ausschusses des Gesamtverbandes und Vorsitzende des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Karl Matthias Schiffer zu Düsseldorf und der Vorsitzende des christlich-sozialen Metallarbeiterverbandes Franz Wieber veranlaßt, gegen den verantwortlichen Redakteur des obengenannten sozialdemokratischen Blattes, L. Meerfeld, Privatklage zu erheben. Dem Angeklagten war es natürlich ganz und gar unmöglich, für den schweren Vorwurf, das „verraten und verkaufen der Arbeiter dreimal am Tage“ auch nur den Schatten eines Beweises zu erbringen und so wurde der Verantwortliche des sozialdemokratischen Blattes zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Ob das Kölner Sozialblatt jetzt anständiger wird, ist allerdings eine große Frage, denn das Herunterreißen der Gegner ist den Leuten ja zur zweiten Natur geworden.

### Terroristen und Denunzianten

von der sozialdemokratischen Couleure treiben in dem Betrieb Gebr. Ring, A.-S. Nürnberg, ihr unsauberes Handwerk. In der Abteilung III (Poliersaal) arbeitete seit voriaen Herbst ein christlich-organisierter Metallarbeiter zwischen Sozialdemokraten. Ihr Liebeswerben, in den roten Verband überzutreten, blieb erfolglos. Die schwere Niederlage bei der Reichstagswahl schien eine Anzahl der roten Mitalkeder zu wahren Fanatikern gemacht zu haben. Aus rüde wie schwarzer Lump, Schuft, Steinhacker, Denunziant, usw. wurden ihm fortwährend entgegenschleudert, ebenso übten sie sich in verhöhnenen Zeichnungen ganz gemeiner Art, die sie im Abort und anderswo andrachten. Einmal tauchte ein solcher Fanatiker Fußwolle in schmutziges Petroleum und als der christliche Arbeiter vorüberging, spritzte er ihm damit Gesicht und Augen voll. Der Vorarbeiter, welcher es zufällig gesehen hatte, rügte dieses und nun ging der Teufel los, da hieß es, der schwarze Lump müsse heraus, sonst schlagen wir ihm seine Zähne in den Hals. Als an dem Montag darauf der Meister die Sache richtig stellen wollte, da kam das Schädigste. Der Genosse Stabler, der Mitentäter mit dem Petroleum, sagte, der Christliche hätte die Arbeiter aufklären wollen, auch habe ein anderer Kollege gesehen, wie er im Abort agitiert und ein Mitglied aufgenommen habe. Letzteres ist aber vollständig unwahr, denn als gesagt wurde, sie sollten dieses neue Mitglied nennen, war es ihnen unmöglich. Also vor solchen Denunzierungen schrecken diese Leute nicht zurück um einen „Bruder in Christo“ eins anzuhängen. Es hat ihnen aber nichts geholfen, denn der Meister war einsichtig genug, die Anschuldigungen als lausliche Lügen zu erkennen. Um aber den fortwährenden Schikanierungen zu entgehen, verließ der christliche Arbeiter Ende März die von „freiwilligem Geiste“ durchdränkte Arbeitsstätte. Bemerkte sei noch, daß selbst den besonnenen Genossen diese Geze zu dumm war, aber sie durften nichts sagen, um nicht den Zorn der Fanatiker auf sich zu ziehen. So wird von diesen Zukunftsstaakern „Freiheit und Brüderlichkeit“ mit den Füßen getreten. Zum Terrorismus paart sich Denunziantentum und solche Menschen wollen Arbeitervertreter, sogar Weltverbesserer sein. Christliche Arbeiter! Zieht die Konsequenzen, stärkt eure christlichen Berufsorganisationen, das ist die wirkungsvollste Abwehr derartiger schmachvollen Heldentaten.

### Soziale Wahlen.

Die kürzlich in Breslau „nicht“ stattgefundenen Gewerbegerichtswahlen stehen wohl einzig in ihrer Art da. Es waren Listen der „Freien“, Hirsch-Dunckerischen und des christlichen, sozialen Ausschusses eingereicht worden. Zum erstenmal sollte nach dem neu eingeführten Proportionalssystem gewählt werden. Wohllich wurde bekannt, daß wegen eines unbedeutenden Schreibfehlers die Listen der christlichen Arbeiter als auch der „Freien“ für ungültig erklärt wurden, so daß also nur noch die Liste der Hirsch-Dunckerischen bestehen blieb. Diesen graute aber selbst vor diesem Sieg und der damit verbundenen Verantwortung auf drei Jahre.

Sie versuchten nun eine Einigung mit den übrigen Arbeitergruppen herbeizuführen, um eine gemeinsame Liste aufzustellen und folgende Verteilung der Kandidaten vorzunehmen: die Hirsch-Dunckerischen als „Zufallsieger“ behalten 20 Vertreter und 6 Stellv., die gleiche Zahl fällt den „Freien“ zu und der Rest von 11 Vertr. und 5 Stellv. wird den Christlichen zuerkannt. (Bei normaler Wahl „Freie“ 37, Christliche 10, S.-D. 4).

Am 26. Februar wurde von seiten der Sozialdemokraten eine gemeinsame Sitzung anberaumt, zu welcher die Vertreter der Christlichen erschienen, während sich die S.-D. brieflich entschuldigten und gleichzeitig die oben angeführte Einteilung mitteilten. Die Genossen benutzten nun die Abwesenheit der S.-D., um einen ganz plumphen Schwindel in Szene zu setzen. Man verheimlichte der Christlichen Vertreter den S.-D. Brief und erklärte — nach dem man ein Telefongespräch angeblich mit den S.-D. führte, welches in Wirklichkeit gar nicht stattfand — die Hirsch-D. behielten 20 Vertreter, während ihnen (den Genossen) 31 zuerkannt würden mit der Bedingung, daß einige an die Christlichen abzutreten seien. Sie boten uns 6 Beisitzerstellen an. Später aber forderten die Genossen von 52 Beisitzern zwei Drittel gleich 34 während sich die S.-D. und Christ-

lichen in ein Drittel gleich 17 Beisitzer teilen sollten. Auf diese Forderung hin war aber eine Einigung unmöglich, da die S.-D. an ihre Anzahl Beisitzer festhielten. Lügen haben aber bekanntlich kurze Beine und in einer weiteren Sitzung der Christlichen und S.-D. (die Genossen zogen es vor, nicht zu erscheinen) wurden nun die ganzen Niederträchtigkeiten und Unwahrheiten der Genossen bekannt und nunmehr hielten auch die Christlichen an den 11 Vertretern und 5 Stellv. fest. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, gilt also die Liste der S.-D. als gewählt. Nun versuchen die Genossen in ihrer Presse — allerdings nicht in der Heimat, sondern im Westen Deutschlands — die Sache so hinzustellen, als ob die Christlichen abgesprungen wären und darum nur eine Liste der vereinigten Genossen und Hirsch-D. eingereicht worden wäre; was aber eine grobe Unwahrheit ist. Eine solche Liste hätte die Aufsichtsbehörde gar nicht annehmen dürfen.

Die Liste der S.-D. gilt nun als gewählt, wenigstens vorläufig, da die Wahl angefochten ist. Das verräterische und hinterlistige Treiben der Genossen aber richtet sich von selbst und verdient niedriger gehängt zu werden.

Am Mittwoch, den 20. März fand in Kaupheim die Gewerbegerichtswahl statt. Von Seiten der Arbeitgeber stimmten ganze 4 Mann ab. Dagegen war die Beteiligung der Arbeiter eine äußerst rege. Die Liste der christlichen Arbeiterschaft brachte es auf 128 Stimmen. Den christlichen Arbeitern stand eine Hirsch-Masch-Liste der verbündeten Sozialdemokraten, Hirsch-Dunckerischen und Lokalorganisierten gegenüber. Die Verbündeten siegten unter krampfhaften Anstrengungen mit einer Mehrheit von 5 Stimmen. Aus diesem Resultat erzieht man deutlich die Ungerechtigkeit der Mehrheitswahlen. Trotzdem die christl. Arbeiterschaft die Hälfte der Wähler stellte, erhielt sie keinen Beisitzer. Der Sieg wurde denn auch von den Freiheitskämpfern festlich gefeiert. Eine Horde der „Sieger“ begab sich sogar noch nachts um 12 Uhr vor das Haus eines christl. Kandidaten, um dort ihrer Freude durch Föhlen Ausbruch zu verleihen. Nachdem nun der Siegesrausch verschwunden, kommt die Ernüchterung. Der Sieger bemächtigt sich eine gewisse Angst, ob die „Christen“ die Wahl nicht anfechten. Und dann? Aus diesem Wahlausgang können die christl. Arbeiter ersehen, wie grundfalsch die Ansicht ist, auf meine Stimme kommt es nicht an und bei der nächsten Wahl muß deshalb der letzte Mann an die Urne und sein Wahlrecht ausüben.

### Sie haben einmal „gesehen“!

Die S.-D. Gewerksvereine in Gattingen a. d. Ruhr haben, so verkündet stolz der Regulator in seiner Nr. 11 mit Sperrdruck, einen glänzenden Sieg bei der Gewerbegerichtswahl davongetragen, weil trotz des Kompromisses der christlichen Gewerkschaften mit den konfessionellen Vereinen, ihre Kandidaten gewählt wurden. Wie sieht dieser „Sieg“ nun aus?

Zum erstenmal beteiligten sich die christlichen Gewerkschaften bei der jetzigen Gewerbegerichtswahl. Das angeführte Kompromiß mit den konfessionellen Vereinen bestand mit den kath. Arbeitervereinen allein, da die evangelischen Arbeitervereine sich nicht mitbeteiligten. Das Resultat der Wahl war folgendes: Im ersten Wahlbezirk, der Stadtgemeinde Gattingen, behaupteten die S.-D. Gewerksvereine ihr Mandat. Probst (christlich) erhielt 45 Stimmen, Barjche (Soz.) 96 Stimmen, Weinhausen (S.-D.) 109 Stimmen. Im zweiten Wahlbezirk, dem Amt Gattingen, wurde der christliche Kandidat gewählt, und zwar: Schlüter (christlich) 12 Stimmen, Vorbeck (Werkstandidat) 10 Stimmen, Linde (Soz.) 4 Stimmen. Im dritten Wahlbezirk, Amt Blankenstein, wurde der Kandidat der Gewerksvereine S.-D. wiedergewählt. Es erhielt der christliche Kandidat 17 Stimmen, der S.-D. Kandidat 68 Stimmen. Im Wahlbezirk Königsteele wurden die beiden christlichen Kandidaten mit 130 gegen 34 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Im Bezirk Dahlhausen wurde der Werkstandidat gewählt. Er erhielt 122 Stimmen, der Kandidat der christlichen Arbeiter 93 und der sozialdemokratische 39 Stimmen. — Also gewannen die christlichen Arbeiter 3 Siege, die S.-D. Gewerksvereine behaupteten ihre bisher innegehabten zwei Beisitzerstellen, und ein Werkstandidat wurde gewählt. Die Sozialdemokratie konnte kein einziges Mandat erobern.

Dieses ist der „glänzende S.-D. Sieg“ über die christlichen Gewerkschaften! Letztere können mit dem Resultat zufrieden sein. In allen Wahlbezirken hatten sie Kandidaten aufgestellt, was man von den S.-D. Gewerksvereinen nicht sagen kann, es sei denn,



daß die Werkstandkandidaten, wie böse Zungen behaupten, von denselben begünstigt wurden. In Dählhaußen zum Beispiel behaupten die S.-D., 40 Mitglieder oder noch mehr zu haben und kein eigener Kandidat. Der Werkstandkandidat siegte. Das gibt zu denken. Die Freude über den Erfolg sei den S.-D. gegönnt, denn so grausam sind wir nicht, den blinden Führern nicht auch ein Körnchen zu gönnen.

### Streiks und Lohnbewegungen.

**Hildesheim.** Der Streik der Former und Gießereiarbeiter bei der Firma A. Senfing ist beendet und hat den Arbeitern einen schönen Erfolg gebracht. In einer Unterhandlung zwischen der Firma und der von den Arbeitern gewählten Kommission wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Ein Former erhält nach Beendigung der Lehrzeit im ersten Jahre einen Lohnsatz nach dem Urteil des Meisters, von dann ab bis zum 21. Jahre 35 Pfg. pro Stunde, vom 21. bis zum 25. Jahre 40 Pfg. pro Stunde und vom 25. Jahre an 45 Pfg. pro Stunde. Bei besonders guter Leistung ist es dem Meister überlassen, eine Steigerung schon vor dem 25. Jahre einzutreten zu lassen.

Den Hilfsarbeitern, Maschinenformern, Bugern und Kernmachern soll ein Stundenlohn von 33 Pfg. zugewilligt werden (früher 30 Pfg. pro Stunde).

Die Akkordlöhne für Dedrahnen zu den Herdtüren sollen um 5% erhöht werden, für Blasenlochbedeckel auch 5%, für kleine Gasbrenner Nr. 0, 1, 2, 3, um 10%. Die Vergütung für Ausschußguß soll nach den Normen des deutschen Metallarbeiterverbandes laut den Einigungsbedingungen der Gießerei-Betriebe von Hannover und Umgegend geregelt werden, welche am 30. Mai 1906 festgelegt sind und also lauten: Ausschußguß wird bei Maschinenartikeln und solchen Stücken, auf die nicht mehr als 10 Stunden Formarbeit pro Stück verwendet worden ist, nicht vergütet, da der Akkordlohn bereits mit Rücksicht auf den unvermeidlichen Ausschußguß bemessen ist. Jedoch wird dem Former der Wochenlohn nach dem vereinbarten Stundenlohn bezahlt, ohne gegen Beträge des zukünftigen Verdienstes aufgerechnet zu werden. Bei Stücken, auf die mehr als 10 Stunden Formarbeit pro Stück verwendet worden ist, wird bei Ausschuß des betreffenden Stückes, wenn nicht Vöswilligkeit vorliegt, 2/3 des vereinbarten Akkordlohnes vergütet.

Die Ueberstunden in der Gießerei sollen fortan mit den in den übrigen Betrieben geltenden Normen vergütet werden (8 Stund. auf Tag, Zuschlag zum Akkord).

Die Vereinbarungen wurden schriftlich niedergelegt und den Arbeitern ausgehändigt. Damit tritt für die beteiligten Arbeiter eine wesentliche Verbesserung ihrer bisherigen Verhältnisse ein. Den schönen Erfolg haben sie der Organisation zu verdanken und es wird jetzt Aufgabe der Arbeiter sein, durch fortwährende Stärkung der Gewerkschaft den Erfolg zu einem dauernden zu machen. Besonders die noch fernstehenden Kollegen, die bisher stets mit der unzeitgemäßen Ausrede bei der Hand waren, es nützt ja doch nichts, sie werden jetzt eingeschrieben haben, daß es wohl nützt, und auch die Konsequenzen ziehen, d. h. sich ihrer Berufsorganisation anschließen.

### Lohnbewegung

#### in der Offenbacher Maschinenindustrie.

Die Arbeiter der hiesigen Maschinenfabriken haben zur Regelung der Arbeitsverhältnisse einen Tarifentwurf an die Arbeitgeber eingereicht. Zum Schaden der Arbeiterschaft hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auch hier wieder den Versuch gemacht, die anderen Organisationen auszuschalten. Das wird ihm allerdings nicht gelingen. In einer gut besuchten Versammlung am 10. April nahmen die christlich-organisierten Metallarbeiter der Maschinenfabriken zu der Angelegenheit Stellung.

Bezirksleiter Scherer, der das Referat hatte, besprach den seitherigen Gang dieser Bewegung, wobei er ganz besonders auch das einseitige Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes erwähnte. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung wies er ganz besonders die Behauptung des sozialdemokratischen Verbandes zurück, daß diese allein die Interessenvertretung der Maschinenarbeiter am richtigen Orte sei und die Gerechtigkeit hätte, im Auftrage sämtlicher Arbeiter zu handeln. Die christlich-organisierten Arbeiter in Offenbach bedanken sich für eine solche Vertretung, und wissen nur zu gut, wie sie solchen Phrasenschwall einzuschätzen haben. Auch wurde aus der Mitte der Versammlung die Mitteilung gemacht, daß am Dienstag abend die Vertrauensleute des sozialdemokratischen Verbandes beschloffen hätten, die Former aus der Bewegung auszuschalten, da man infolge des tiefen Scheiters der letzten Formerversammlung denselben wenig trauen könnte. Nach einer sehr lebhaften

Diskussion wurde sodann folgende Resolution in geheimer Abstimmung einstimmig angenommen:

„Die heute am 10. April d. Js. tagende Versammlung der christlich organisierten Metallarbeiter von Offenbach beschließt folgendes: Obwohl der sozialdemokratische Metallarbeiterverband es nicht der Mühe wert hielt, die christliche Organisation von der bevorstehenden Lohnbewegung in Kenntnis zu setzen, ist diese bereit, die Forderungen, soweit dieselben auf eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes Bezug haben, zu unterstützen. Die Versammlung erklärt, nach Weisung ihrer Verbandsleitung ebenfalls, aber selbständig die Kündigung einzureichen.“

Von Seiten unseres Verbandes ist Vorsorge getroffen, daß die Versuche der prozalen Genossen, uns auszuschalten, abprallen werden und ihre Arbeiterzersplitterung in der gebührenden Weise beleuchtet wird.

### Zum Streik in der Maschinenfabrik Budau (vorm. Köhrig und König).

In der Abteilung Sudenburg der Maschinenfabrik Budau haben sämtliche Arbeiter, etwa 80 Kesselschmiede, Mieter, Stemmer und Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Nur ein Arbeiter war stehen geblieben, der jedoch von der Werkleitung auch nach Hause geschickt wurde. Die Arbeiter dieser Abteilung, die viel schlechter gestellt sind wie die Arbeiter der Abteilung Budau — sie verdienen trotz größter Anstrengung 7 Pfg. pro Stunde weniger — stellen Forderungen, um auch ihre Verhältnisse etwas zu bessern, analog den Löhnen in der Abteilung Budau. Die Betriebsleitung der Abteilung Sudenburg schien zum Entgegenkommen bereit, anders jedoch Herr Direktor Salymann, der den Arbeitern „Zugeständnisse“ machen wollte, die eher einer weiteren Verschlechterung ähnlich sahen. Daß die Forderungen der Arbeiter gewiß berechtigt sind, ergibt sich schon daraus, daß einem Arbeiter, welcher 10 1/4 Jahre in dieser Fabrik gearbeitet hat, jetzt noch der „horrende“ Stundenlohn von 31 Pfg. gezahlt wird. Dabei hat dieser Mann, welcher starke Familie hat, seine Vorgesetzten wiederholt um Zulage angeprochen. Jeder gerecht denkende Mensch muß zugeben, daß bei den heutigen Verhältnissen und den hohen Anforderungen an die Körperkräfte dieser Arbeiter die Forderungen beschäiden und erfüllbar sind. Hoffentlich wird die Direktion dieses einsehen und dem Kampf ein Ende machen durch die Erfüllung der Arbeiterwünsche. Was man den Arbeitern in Budau bezahlen kann, sollte man denen in Sudenburg nicht vorenthalten.

### Ein schmählicher Putzsch.

Dem roten Generalstab Münbergs war es gelungen, durch unermüdlige Agitation auf der Maghütte (Oberpfalz) eine Truppe „Zielbewußter“ um sein Banner zu scharen. Ihre Zahl war auf 500 gewachsen. 50 bis 60 Prozent der Belegschaft war somit im roten Waffentrock. „Der Stärkere hat zu gebieten“, dieses Gefühl schwellte die Brust. Wobon das Herz voll, geht der Mund über. Was — noch überarbeiten? ich mag nicht, ich bin organisiert“, gab ein Zielbewußter einem Werkmeister zur Antwort. Ein anderer Genosse, wiederholt zum Ingenieurbesuchen, äußerte: „er soll zu mir kommen, wenn er was will.“ Die Werkleitung stellte beide kalt. Die Genossen hielten Kriegsrat und verlangten Rücknahme der Kündigung. Der rote General Enßner wurde nicht empfangen, die vorgeschickte Kommission eines besseren belehrt. So, dann wollen wir sehen, wer der Stärkere ist! Alle Räder — 550 Genossen und Mitläufer legten die Arbeit nieder, um der beiden willen; die nicht rot Angestrichenen arbeiteten weiter. Kaum war der Ausstand perfekt, da wurde die Geschichte brenzlicher.

Die Zielbewußten im Kampf mit der Lösung: Rücknahme der Kündigung, hatten eine Riesendummheit gemacht. Das Publikum (öffentliche Meinung) schüttelte die Köpfe, ein Streik zur Protektion der Disziplinosigkeit! Man hörte allerhand munteln. Rote Zentralleitung wirkte ab, — weiter arbeiten — keine Munition — Der rote General stellt sich auf die Bühne und durch das Sprachrohr der Presse ruft er ins Land:

„Es ist unrichtig, daß im Eisenwerk Maghütte 483 Arbeitswillige vorhanden sind, wenn überhaupt die Rede von Arbeitswilligen sein könnte, was nicht der Fall ist, da diejenigen Arbeiter, welche als Ausgesperrte zu gelten haben“, besonders aufgefordert wurden, das Werk zu verlassen, nachdem sie in ruhiger friedlicher Weise zu Gunsten gefährdeter Kollegen demonstrierten dadurch, daß sie sich an ihrem Arbeitsplatz passiv verhielten.“

Also sprach der General in der Hoffnung, durch diese neue Streikmethode den Narren aus dem Dreck zu ziehen. Aber o weh! allerseits Gelächter, das war zu plump, um Gläubige zu finden. Die Werkleitung blieb hart, sie ließ die Uebermütigen ruhig ausziehen. Und dann krochen die roten Bor- und Nachläufer elend zu Kreuz. Aber nicht, ohne vorher noch einen „genialen“ Schwindel zu verbreiten.

In der roten Münberger Presse vom 7. April war zu lesen: Der Kampf ist auf der Maghütte durch Vermittlung des Gewerbegerichtsrats Schubert zur vollen Zufriedenheit der Arbeiter beendet worden. Da die Genossen vergessen haben, ihren „Erfolg zur Zufriedenheit der Arbeiter“ näher zu detaillieren, so wollen wir das hier Versäumte freundlichst nachholen. Folgende Vereinbarung wurde angeschlagen:

1) Mit den Vertretern der streikenden Arbeiter schaft wurde heute vereinbart, daß am nächsten Montag, den 8. April, die Arbeit nach Maßgabe der Materialvorräte wieder aufgenommen werden kann.

2) Die Kündigung der beiden Arbeiter, K. und R., welche die Veranlassung zu diesem erfolglosen Streik gewesen sind — bleibt unter allen Umständen aufrecht erhalten.

3) Die streikenden Arbeiter werden auf ihre vom dem Streik innegehabten Posten nur nach Möglichkeit wieder eingestellt, insoweit diese Posten durch Arbeitswillige nicht schon besetzt sind.

4) Mit Rücksicht darauf, daß angenommen werden kann, daß die Mehrzahl der Streikenden durch eine Minderheit zum Mitstreiken verführt worden ist, sollen die wieder eintretenden Arbeiter die alten Pensionsrechte für diesmal wieder erhalten, jedoch mit der ausdrücklichen Erklärung, daß diese Maßnahme zum ersten und letzten Mal geübt worden ist.

5) Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Verfehlungen gegen Vorgesetzte, Belügen und ungehörige Erfüllung der übertragenen Arbeiten unmissverständlich gemäß der Arbeitsordnung bestraft werden, da ein geregelter Betrieb mit der in letzter Zeit aufgetretenen Disziplinlosigkeit nicht geführt werden kann. (Unterschriften der Arbeiter)

Das nennt die rote Presse (wohlverstanden in Fettdruck) „zur vollen Zufriedenheit der Arbeiter (und Scharfmacher) beendet.“ So werden die betörten Arbeiter auch noch verhöhnt. Als ein weiterer Erfolg der Sozi muß noch registriert werden, daß ein Arbeitswilligen-Verein gegründet wurde, der unter anderem den Zweck hat, den Beitritt der Arbeiter zu jeder Organisation zu verhindern. Der christliche Metallarbeiterverband erkämpft das Koalitionsrecht, der angeblich starke sozialdem. Verband erkämpft das „Koalitionsverbot.“ Die bisherigen roten Genossen der Maghütte haben natürlich in die gelbe Liste als die ersten eingetragen. So zielbewußt sind sie erzogen. Am meisten haben die zu leiden, die noch auf dem Pflaster liegen und deren sind leider noch recht viele.

Kollegen! Gebt den roten Helmen wie auch den Sirenengeflügeln für gelbe Gründungen die richtige Antwort, auch die christliche Arbeiterschaft auf der Maghütte, die die Kräfte des Terrorismus gesammelt wird sich organisieren gegen Unterdrückung, ob rechts oder links. Heraus aus dieser Freischärfelippe mit überlebten Waffen, hinein in die reguläre Truppe des christlichen Metallarbeiterverbandes.

W. R.

**Zur Beachtung.** Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte über den Stand der Bewegung einzufenden; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

**Mühlhausen i. G.** Die Gießerei-Arbeiter der Firma Vogt & Co. stehen im Streik wegen Verweigerung von Streikarbeit.

**Grünbach.** (Witbg.) Bei der Firma F. Fischer Differenzen wegen Maßregelungen.

**Rath bei Düsseldorf.** In der Dreherei bei der Firma Sads Lohn Differenzen ausgebrochen.

**Solingen.** Die Firma Hammesfahr hat ihre Arbeiter ausgesperrt, auch die Mitglieder unseres Verbandes.

**Fürth.** In der Eisengießerei Engelhardt Streik ausgebrochen.

**Magdeburg-Budau.** In der Maschinenfabrik Budau L.-G. (vorm. Köhrig & König) sind die Kesselschmiede, Mieter und Stemmer in den Ausstand getreten.

**Dortmund.** Bei der Firma Seymer Differenzen wegen Maßregelungen.

**Zugung ist fernzuhalten.**

Der Ausstand der Gießereiarbeiter bei der Firma A. Senfing in Hildesheim ist mit Erfolg beendet.



### Reinigung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 21. April der siebzehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 21. bis 28. April 1907 fällig.

Jedes Mitglied, das arbeitslos wird, hat sich sofort beim Vorsitzenden oder Kassierer der Ortsgruppe zu melden, auch wer nicht unterstützungs-berechtigt ist.

Zur Quartalsabrechnung. Aus der Veröffentlichung der Geldeingänge an der Hauptkasse ist ersichtlich, daß eine große Anzahl Ortsgruppen ihre Abrechnung erst im 2. und 3. Monat nach Quartalschluß einleiden, trotzdem wiederholt die Ortsgruppen aufgefordert worden sind, innerhalb 4 Wochen nach Quartalschluß Geld u. Abrechnung einzuschicken. Wir fordern nun nochmals auf, die Abrechnung vom 1. Quartal spätestens bis Anfang Mai einzuliefern. Diejenigen Ortsgruppen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, haben zu gewärtigen, daß der Zeitungs- und Materialvermerk auch die Auszahlung der Unterstützungen solange sperret wird, bis die Abrechnung erfolgt ist, da der Zentrale jede Kontrolle über die Beitragszahlung der Mitglieder fehlt, wenn die Abrechnung nicht eingeleitet wird. Auch die Mitglieder mögen überall von ihren Vorständen eine pünktliche Abrechnung fordern, um sich eventuell vor Schäden zu sichern.

Die Zahlkarten zur Arbeitslosenstatistik haben trotz zweimaliger Aufforderung im Organ und nochmaliger Mahnung seitens der Zentrale folgende Ortsgruppen gar nicht oder zu spät eingeleitet: Pöschel, Bremerhafen, Bamberg, Corneliusmüller, Dresden, Frankfurt a. M., Gagen, Hemer, Hammerau, Gürth, Konstant, Letmathe, Lörach, Regensburg, Straßburg, Uckerdorf, Wollau, Warenbark, Willich, Zweibrücken. Diese Pflichtvergessenheit der Vorstände in den genannten Ortsgruppen kann nicht schwer genug gerügt werden. Wie können die Vorstände von den Mitgliedern Pünktlichkeit und Pflächterfüllung fordern, wenn sie selbst nicht ihre Schuldigkeit tun. Die Mitglieder mögen hier also auf ihre Vorstände erziehend wirken, daß eine solche Pflichtvergessenheit nicht wieder vorkommt. Eine Entschuldigung einzelner Gruppen, sie hätten die Karte nicht zu-einander erhalten, kann nicht geltend gemacht werden, denn schon in Nr. 12 des Verbandsorgans ist aufgefordert worden, daß diese Gruppen sich sofort bei der Zentrale melden sollten. Also mehr Pünktlichkeit und Pflächter.

### Aus dem Verbandsgebiet.

Bromberg. Auf unserer kürzlich abgehaltenen Generalversammlung erläuterte zunächst der Vorsitzende den Geschäftsbericht, welchem zu entnehmen war, daß im vergangenen Jahre 17 Mitglieder, 7 Vorstande u. 2 öffentliche Versammlungen abgehalten wurden. Dem Bericht des Kassierers ist zu entnehmen, daß die Einnahmen für Eintritts- und Beitragszahlungen 278,10 Mk. betragen und hiervon der Zentrale 236,31 Mk. überandt worden sind. Bei der hierauf folgenden Vorstandswahl wurden: Koll. A. Rolle als erster Vorsitzender, Koll. F. Becker als zweiter Vorsitzender, Koll. B. Rolle als Schriftführer, Koll. B. Mitter als Kassierer, Koll. F. Ebsa und D. Jein als Revisoren wieder bzw. neu gewählt.

Kollegen von Bromberg! wenn wir hier etwas für die Verbesserung der Lage der Arbeiter beitragen sollen, dann heißt es vor allen Dingen, sich mehr wie bisher der Sache zu widmen und namentlich die Versammlungen besser zu besuchen, denn wenn solche schon ausfallen werden weil die Kollegen es nicht für nötig erachten zu erscheinen, so zeigt das doch gewiß nicht von einer Hingabe für die gute Sache. Aber wie wollt ihr Eueren Gegnern und indifferenten Arbeitskollegen mit den nötigen Kenntnissen entgegenzutreten, wenn ihr euch diese nicht in den Versammlungen, in denen doch fast jedes Mal von Vorstehenden ein Vortrag über gewerkschaftliche Fragen gehalten wird, aneignen wollt. Vor allen Dingen heißt es hier sich mehr und mehr der Kleinagitation zu widmen und zwar namentlich in dieser Hinsicht jeder Kollege seinen Mann stehen; dann aber auch nur dann werden wir auch hier etwas Wesentliches erreichen können.

Am 24. März a. wolle unser Bezirksleiter Kollege Winter-Berlin hierseits zwecks Abhaltung einer öffentlichen Versammlung, welche von etwa 100 Personen besucht war. Der Referent behandelte das Thema: „Die Stellung der christl. Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung“, welches selbst von den erschienenen Kollegen mit Beifall aufgenommen wurde. In der Dis-

kussion beteiligten sich mehrere Genossen, deren konfuse Ausführungen keinen Anhang fanden und vom Referenten treffend widerlegt wurden.

Nach dem Schlusswort des Referenten wies unser Vorsitzender darauf hin, daß die erschienenen indifferenten Kollegen den gehörten Ausführungen nunmehr auch die Tat folgen lassen sollten, um durch Beitritt zu dem christl. Metallarb. Verband endlich einmal zu zeigen, daß es ihnen mit der Verbesserung der Lage der Metallarbeiter auch ernst sei und daß namentlich auf diesem Gebiete hier in Bromberg noch leider so reichlich viel zu tun übrig bleibe. Mit einem Hoch auf die christl. Gewerkschaften, insbesondere auf den christl. Metallarb. Verb., schloß der Vorsitzende die in jeder Beziehung so imponante Versammlung. Eine Anzahl Neuaufnahmen bzw. Uebertritte aus anderen Verbänden vor das praktische Resultat.

Düren. Um die Metallarbeiter von Düren einmal aufzurütteln aus ihrem Winterschlaf und der Organisation anzuschließen, hatte der Vorstand unserer Ortsgruppe sich entschlossen, für Düren und Umgegend eine eifrige Agitation einzuleiten. Zu diesem Zweck wurden 5 öffentliche Versammlungen abgehalten. Es fanden dieselben abwechselnd in Moersdorf, Würzenich, Geh, Lendersdorf, und die letzte in Düren (Stadt) statt. Als Referent hatten wir unseren Kollegen Wilhelm Schünmer aus Würzenich gewonnen und verstand derselbe es, in musterhafter Weise in allen Versammlungen die Anwesenden für die christl. Gewerkschaftsfrage zu begeistern und hatten die Versammlungen den gewünschten Erfolg.

Kollegen! Jetzt heißt es weiter gearbeitet. Ein jeder muß seinen Mann stellen und selbst Agitator sein. Tue ein jeder seine Pflicht und dann können wir am Jahreschluß sagen: Den Wunsch, den wir zu Anfang des Jahres gehegt haben, nämlich, daß sich unsere Mitgliederzahl verzehnfachen möge, ist in Erfüllung gegangen. Aber auch unsere Gegner sind an der Arbeit, und nun sind die Herren Genossen besonders hervor, in Lügen, Verleumdungen, Terrorismus und dergl. mehr. Wie ihre Gesinnung und Gesittung ist, beweist der Verlauf unserer öffentl. Versammlung in Düren, von der schon in unserm Organ berichtet wurde. Laßt euch durch nichts irritieren Kollegen und seid auf euren Posten. Hoch die Solidarität und der christl.-soziale Metallarbeiter-Verband.

München. Gelegentlich der Anwesenheit unseres Verbandsvorsitzenden Kollegen Wieber hatten wir am 16. März eine große öffentliche Versammlung einberufen, welche sich eines ziemlich regen Besuchs erfreute. Auch einige Genossen beachteten uns mit ihrer Gegenwart.

Tagesordnung war: „Die Hochkonjunktur in der deutschen Metallindustrie und ihr Einfluß auf die Arbeiter.“ Referenten: Kollege Konrad-München und Kollege Wieber-Duisburg. Kollege Konrad betonte in seinem Referate, daß Arbeitgeber- und nehmer bis zu einem gewissen Grade gemeinschaftliche Interessen besitzen. Daß aber diese Auffassung nicht so weit gehen dürfe, daß die Freiheit des Arbeitsvertrages darunter leidet. Er bewies dann an der Hand verschiedener Zahlenmaterialien, daß die Metallindustrie zur Zeit in höherer Blüte steht, sowie, daß Deutschland innerhalb 10 Jahren seine Eisenproduktion verdoppelt und nun von allen Ländern der Welt an 2. Stelle steht. Eine solche Prosperität wirkt reiche Dividenden für die Unternehmer ab. Doch wie steht es mit dem Anteil des Arbeiters an dem erhöhten Gewinne? Vielfach besteht dieser nur in dem Mehrverdienst durch Ueberstunden, was aber sehr häufig durch die hohen Preise der Bedarfsartikel wieder ausgeglichen wird. Wenn man außerdem in Betracht zieht, daß bei Ueberstunden ein Teil des Mehrverdienstes sofort wieder für Lebensmittel ausgegeben werden muß, andererseits aber die Gesundheit der Arbeiter, das Familienleben darunter leidet, ganz besonders aber auch die Betriebsgefahren erheblich erhöht werden, so müssen wir sagen, der Mehrverdienst durch Ueberstunden steht in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der durch lange Arbeitszeit entsteht. Der Referent wies nach, daß für den Durchschnittsarbeiter das Einkommen nicht erlaube, sich selbst, geschweige denn eine Familie richtig zu ernähren. Der einzelne Arbeiter aber ist machtlos, in die Verhältnisse einzugreifen. Entweder er müsse mit dem vorlies nehmen, was ihm eben geboten wird, oder er muß sich mit gleichgesinnten Kollegen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vereinigen. Nachdem Kollege Konrad die Einwände der Sozialmänner gegen jede Organisation widerlegt, beschloß er sich auf mit der Stellung, welche die verschiedenen Arten

von Gewerkschaften bei dem Bestreben, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern, einzunehmen und kam zum Schlusse seiner mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen zu dem Resultat, daß nur die christl. Gewerkschaftsbewegung in der Lage ist, eine dauernde Besserung herbeizuführen, da einerseits ihr finanzielles Gebahren, andererseits aber auch ihr moralischer Wert uns den Erfolg sichern.

Kollege Wieber bemerkte eingangs seiner Ausführungen, daß sich das Gehörte nur richtig verstehen lasse, wenn man die wirtschaftliche und technische Entwicklung Deutschlands seit Alters her verfolge. Er gab zunächst ein Bild des deutschen Arbeiters vor 100 Jahren, der damals vollständig rechtlos und geknechtet war. Erst mit Aufhebung der Feudalwirtschaft wurde die Freiheit der Person gegeben. Mit Stolz könne man konstatieren, daß Deutschland riesige Fortschritte gemacht habe und keine Nation sich einer so raschen Entwicklung rühmen könne. Dies liegt aber ganz besonders am großen Reichtum Deutschlands an Kohle und Eisen. Redner schildert dann die Herstellung des Roh- und Schmiedeeisens nach der heutigen Methode im Gegensatz zur Bereitung des Eisens in früherer Zeit. Er weist auch das Produktionsverhältnis Deutschlands zu England, erörtert die Ursachen der Verberung und kommt schließlich auch eingehend auf die Gründe zu sprechen, welche die Fusion der Kohlen- und Hochofenwerke veranlassen. Er zeigt aber auch die bedenklichen Seiten, welche eine zu stark überhand nehmende Erziehung für die Allgemeinheit besitzt. Auch die Arbeiter haben allen Grund, die fortgeschrittenen Syndikatsgründungen offenen Auges zu verfolgen, da es durch die umfassende Produktionsregelung eine Leichtigkeit sei, den Streik einiger tausend Arbeiter durch anderweitige Verteilung der Produktionsquoten illusorisch zu machen. Dadurch werde der einzelne Arbeiter in der Metallindustrie noch viel ohnmächtiger als früher. Kaum eine Industrie sei so ertragreich, aber auch keine zähle verhältnismäßig so schlechte Löhne, wie sie z. B. auf den Hüttenwerken Oberschlesiens verdient werden. Redner gibt nun ein ergreifendes Bild der dortigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sowie der Lebensweise der Arbeiter mit ihrer Familie nach eigener Anschauung. Dort zeigen sich die Ueberreste der Feudalwirtschaft in ganz krasser Weise. Obwohl mit miserablen Löhnen von 60-100 Mk. pro Monat für Puder, abgepeißt (Frauen verdienen bei schwerer Arbeit 80 Pfg. bis 1 Mk.) täglich, wagen sie es meistens nicht, sich behufs Verbesserung ihrer miserablen Lage einer Organisation anzuschließen, aus Furcht vor dem „Herrn“. Es ist dort auch keine Besserung zu erwarten, so lange den Leuten das Selbstvertrauen in dem bisherigen Maße mangelt.

Redner wendet sich hierauf den „freien“ Gewerkschaften zu und meint, man solle aus der Vergangenheit lernen. Die Sozialdemokratie treibe nur negative Politik, aber keine praktische Arbeit. Die heutige Gesellschaft besteht aus einer Reihe von Ständen, deren jeder seine Berechtigung hat, wenn er sich nur im Interesse der Allgemeinheit betätigt. Diese Stände uns nutzbar zu machen, statt sie zu bekämpfen, sei unbedingt vernünftiger. Gegenwärtig sei die Vertretung der christl. Arbeiterschaft im Reichstag wohl gut, jedoch nicht genügend. Hätten wir die gleiche Anzahl Arbeitervertreter wie die Sozialdemokratie, so würde unbedingt in Sozialpolitik mehr geschehen sein und es wäre der reaktionäre Geist bei der Regierung nicht so in die Erscheinung getreten. Der Radikalismus, welcher jeden Kampf gerne zu einer Machtprobe gestaltet, erzeugt nicht nur Gegenbrand in den eigenen Reihen, sondern ist auch für das Aufstehen der gelben Gewerkschaften verantwortlich zu machen. Infolge des überspannten Machtkampfes hören die Genossen häufig viel lieber bombastische Schlagreden, als ein belehrendes Referat, jedoch selbst von „Oben“ schon Vertiefung der Referate empfohlen wurde. Allein nicht nur die Industrie, sondern auch das Vaterland kann verlangen, daß wir auch eine Mitverantwortung übernehmen und uns die hierzu nötige Bildung aneignen.

Der Klassenkampf von unten erzeugt wieder Klassenkampf von oben, und ist es sicher nicht gerecht, wenn alle anderen Gesellschaftsschichten unterdrückt werden sollen. Die christlichen Gewerkschaften hingegen stehen auch auf dem Boden der ausgleichenden Gerechtigkeit und fordern alle in die Schranken, die Frage zu beantworten, wer mehr für die Arbeiterhaft getan hat. Wie soll es sich im Zukunftsstaat werden? Werden die jetzt besten fitrierten Arbeiter freiwillig auf ihre bevorzugte



Stellung verzichten? Wir würden eben dann sehen, daß an Stelle der bevorzugten Kapitalisten vom Schicksal auserwählte Arbeiter treten würden. Ob dadurch gewonnen würde, sei mit Rücksicht auf gewisse Erfahrungen, mindestens fraglich. Die allmähliche Erkenntnis dieser Tatsachen sollte die nach Tausenden zählenden Indifferenten veranlassen, sich den christlichen Gewerkschaften anzuschließen. Wer jedoch anderer Gesinnung ist, möge auch zu den anderen gehen. „Wir erkennen jeden Arbeiter als unsern Kollegen an,“ dies auf dem Kongress in Breslau gesprochene Wort mögen sich auch die Führer des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes merken, und bedenken, daß die Bekämpfung der Arbeiter unter sich höchst gefährlich sei. Was uns trennt, ist eine Weltanschauung, wir kämpfen für unsere Ideale, welche die Welt von Sklaventum befreit hat, für echte christliche Wahrheit, Freiheit und Brüderlichkeit!

Nach einer kurzen, aber sehr interessanten Diskussion, in welcher sich der zweite Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verbandes, Genosse Freisinger eine glänzende Abfuhr holte, wurde die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf den christlichen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

**Nierlohn.** Am 29. März fand im Lokale Wiggeleben eine Versammlung unserer Ortsgruppe statt, zu der als Referent Herr Rechtsanwalt Bobbert gewonnen war. Mietsvertrag, so lautete sein Thema, welches er in 3/4stündigem Klar durchdachten Vortrage unter lebhaftem Beifall der Versammlung erledigte. Die Versammlung war verhältnismäßig gut besucht. Pflicht eines jeden Kollegen wäre es gewesen, zu dieser Versammlung zu erscheinen. In der Versammlungsbesuch! Jedes Fest mitzumachen, hat man Zeit genug; aber alle 14 Tage einer Versammlung beizumohnen, hält mancher Kollege nicht für der Mühe wert. Und doch ist dieses durchaus notwendig, wenn wir unsern Platz als christliche Gewerkschaftler im roten Nierlohn behaupten wollen. Woher anders wollen wir die nötige Schulung erlangen, ohne die es heute einmal nicht mehr geht? Darum Kollegen besuche ein jeder in Zukunft die Versammlungen regelmäßig. Eine erfreuliche Mitgliederzunahme ist in den letzten Wochen zu verzeichnen. Durch eine kräftige Hausagitation von Seiten des Vorstandes ist es gelungen, eine Anzahl Kollegen dem Verbands zuzuführen. Aber in Anbetracht der großen Anzahl christlicher Metallarbeiter, welche hier am Plage beschäftigt sind, ist die Zahl der Organisierten doch noch gering. Tue auch hierhin ein jeder Kollege seine Pflicht und unterstütze den Vorstand in seinem mühevollen Amt. Wir werden dann in kurzer Zeit die Genugtuung haben, daß sich unsere Zahl verdoppelt und verdreifacht zum Nutzen der christl. Gewerkschaftsbewegung Nierlohns.

**Freiburg i. B.** „Wir christliche Arbeiter sind im Stande, insofern es gilt, dieselben ja noch höhere Beiträge zu bezahlen als die sozialdem. Metallarbeiter am hiesigen Orte, wenn wir es im Interesse unserer Entwicklung für notwendig erachten.“ Das war der ideale Gedanke, der über unserer Mitgliederversammlung am 23. März schwebte. Der einmütige Beschluß, einen Lokalzuschlag von 10 Pfg. pro Woche zu bezahlen, ist ein Beweis dafür. Jetzt bezahlen unsere Kollegen vorläufig noch 5 Pfg. mehr Beitrag, wie die Mitglieder der Freiburger Zahlstelle des sozialdem. Metallarbeiterverbandes. (Bravo! Die Red.) Jetzt erwarten wir auch von den leider nicht anwesenden Kollegen, daß sie alle freudig mit dem Beschluß einverstanden sind, so daß unsere heutige Beitragserhöhung ebenso wie die in früheren Jahren vorgenommenen bloß zur Stärkung und Festigung unseres Verbandes am hiesigen Plage beiträgt.

Christliche Metallarbeiter Freiburgs! Ihr habt durch den Beschluß gezeigt, daß ihr nicht vor finanziellen Opfern zurückschreckt; neuer Opfermut wird aber erst dann richtig belohnt werden, wenn ihr bestrebt seid, durch eifrige Agitation unsere Reihen zu stärken und euch von dieser Arbeit weder von rechts noch von links abhalten laßt. Wenn man uns früher sagte, der christliche Verband kann mit seinen geringen Beiträgen nichts leisten, so erfüllt uns der Gedanke, daß wir heute in bezug Beitragsleistung mit an der Spitze der Gewerkschaften marschieren, mit Stolz und Genugtuung. Jetzt versucht man uns durch allerhand Verdächtigungen, die Mitglieder abspensig zu machen, was uns jedoch nicht beirren soll. Für uns gilt die Parole: Nicht Raft noch Ruhe, bis der letzte Metallarbeiter hier in Freiburg organisiert ist, damit auch wir einmal uns der Früchte der Organisationen erfreuen können.

**Eisenach.** Eine nette Blamage hat sich bei sozialdem. Metallarbeiterverband in der hiesigen Fahrzeugfabrik geholt. Ein Arbeiter, Mitglied des freien Verbandes, wurde wegen grober Disziplinlosigkeit entlassen. Jetzt verlangte die Leitung des freien Verbandes, daß der Entlassene sofort wieder eingestellt werden müsse, was von der Direktion entschieden abgelehnt wurde. Daraufhin drohten die Sozialdemokraten mit Ausstand. Die Firma ließ zunächst den Arbeiterausschuß, der bis auf ein Mitglied aus „Freien“ besteht, über die Sache urteilen. Und selbst dieser mußte die Berechtigung der Entlassung anerkennen, lehnte aber die Unterschreibung einer derartigen Erklärung ab. Jetzt berief die Firma die Vorstände der drei Organisationen, Christliche, Hirsch-Dunker und Freie, zusammen, und legte ihnen die Angelegenheit vor. Unser und der H.-D. Vorstand erklärten — analog dem Arbeiterausschuß — daß die Entlassung zu Recht erfolgt und der Direktion kein Vorwurf zu machen sei. Da versuchte der sozialdem. Vertreter einen Verstoß gegen die Glaubwürdigkeit des christl. Vertreters zu machen, mußte sich aber von dem H.-D. Kollegen ins Gesicht nachweisen lassen, daß er (der sozialdem. Vortr.) in seinen eigenen Versammlungen mit plumpen Unwahrheiten operiert hatte. Jetzt endlich bequemt sich auch der Arbeiterausschuß dazu, eine dahinkommende Erklärung zu unterschreiben, daß die Firma in diesem Fall vollkommen in ihrem Rechte gewesen ist. Damit war die Aktion für die Genossen mit einer schmachvollen Blamage beendet. Ihr Versuch, die Disziplinlosigkeit zu stützen und zu fördern, war geradezu kläglich gescheitert.

Metallarbeiter von Eisenach! Hier an diesem Beispiel erseht ihr, wie jene Leute die Arbeiterinteressen durch derartige Machinationen schädigen, ihre ganze Tätigkeit in Mißcredit bringen. Zieht die richtigen Schlussfolgerungen und tretet dem christlichen Metallarbeiterverband bei, der Recht nach allen Seiten übt und die Arbeiterinteressen dadurch am wirksamsten vertritt.

**Eisenbach.** Am Sonntag, den 17. März, fand hier die erste öffentliche Gewerkschaftsversammlung statt. Als Referent war Kollege Tränkle von Freiburg erschienen. Trotz schlechter Bitterung war die Versammlung gut besucht. Kollege Tränkle sprach über die Notwendigkeit der Gewerkschaften. Er schilderte besonders die schlechten Verhältnisse in der Hausindustrie und forderte die Anwesenden auf, dem christl. Metallarbeiter Verbands beizutreten. In der Diskussion sprach ein Genosse von Neustadt über die Notwendigkeit (?) des Klassenkampfes und versuchte für den sozialdem. Verband Klänge zu machen. Im Schlussworte leuchtete Kollege Tränkle den Genossen gründlich heim. Er brandmarkte besonders das verräterische Treiben der Genossen während der Schwarzwaldbühnenarbeiter Bewegung. Es ließen sich jetzt eine Anzahl Arbeiter in den christl. Metallarbeiter Verband aufnehmen. Mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften wurde die Versammlung geschlossen. Kollegen von Eisenbach, der Anfang ist jetzt gemacht, jetzt gilt es zu arbeiten, damit auch der letzte Arbeiter sich den christl. Gewerkschaften anschließen. Und auch ihr werdet bald bessere Verhältnisse haben wie die Kollegen von Falkau. Darum laßt Euch nicht abschrecken von unseren Segnern. Immer Vorwärts sei die Parole.

**Sann.** Wiederholte Entlassungen von bewährten Arbeitern in der Abteilung C. der Westfälischen Drahtindustrie haben in der hiesigen Arbeitererschaft Demoralisierung und Erbitterung hervorgerufen. In dem betr. Betrieb macht sich in letzter Zeit überhaupt ein schmerzlicher Zug bemerkbar. Ohne weiteres werden Arbeiter gemäßregelt, die jahrelang zur vollen Zufriedenheit ihrer Vorgesetzten in der Drahtindustrie beschäftigt waren, bis sie auf einmal ohne Angabe von Gründen entlassen wurden. Der erste auf diese Art brotlos Gemachte war der Arbeiter K. Auf seine erstaunte Frage warum, bekam er zur Antwort von dem Abteilungschef: „Das geht Sie nichts an!“ Der zweite, der ihm ins Gesicht zeigte, war der Arbeiter S., der aus nichtsagenden Gründen entlassen wurde. Um nun das Maß der Unzufriedenheit voll zu machen, entließ man am Gründonnerstag den Seiler A., der nicht nur das Vertrauen seiner Mitarbeiter, sondern auch seiner Vorgesetzten besaß, weil er, wie Meister B. unaufgefordert bei der Entlassung erklärte, ein Arbeiter sei, mit dem er immer recht zufrieden gewesen sei. Den Grund, warum A. entlassen wurde, wußte er auch nicht. Wie B. sich bei dem Meister S., welcher die Kündigung aussprach, nach dem Grunde erkundigte, erhielt er zur Antwort: „Das geht Sie nichts an!“ B. ging in der Hoffnung, bei der Vorgesetzten noch Sinn für Recht und Gerechtigkeit zu finden, zu dieser, und trug dort seine Angelegenheit vor. Eine Untersuchung des Falles wurde ihm auch zugesagt. Nach einigen Tagen wurde ihm jedoch be-

deutet, daß die Direktion sich nicht um derartige Dinge kümmere; dieses gehörte vielmehr zur Kompetenz des Abteilungschefs. B. ging nun zu Herr Richter. Hier erhielt er aber eine derartig orakelhafte Antwort, aus der B. nur verstand, daß die Arbeiter der Drahtindustrie, solange sie 3,20 Mk. verdienen, zufrieden gewesen, seitdem sie aber 3,50 Mk. erhielten, würde es den Arbeitern zu wohl!!!

Den eigentlichen Entlassungsgrund erfährt er hier auch nicht. Sollte der Entlassungsgrund vielleicht in der Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiterverband begründet sein? Dieses können wir doch nicht annehmen von Herrn Richter in dem Zeitalter der wirtschaftlichen Organisation. Alle Stände haben sich zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen zusammengeschlossen, folglich kann man dem armen gebückten Arbeiterstande doch nicht verwehren, was man anderen Ständen in so reichlichem Maße zugestanden hat. Mithin können die Entlassungsgründe hierin nicht gesucht werden. Irgend ein Grund aber muß doch vorliegen, und wir glauben, ihn auch zu kennen. Diese Maßregelung ist zurückzuführen auf feige Denunziation. Gewissen Personen ist kein Mittel zu schlecht, um sich der Verwaltung gegenüber ein gutes Licht zu setzen. Durch allerlei Praktiken entlockt man den Arbeitern etwas, um sie hinterher zu denunzieren. Wollten wir gegenüber diesen bekannten Denunzianten mit denselben Waffen operieren, dann könnte der Staatsanwalt Arbeit bekommen. Fast scheint uns, als sollten durch diese Entlassungen gewisse Gerüche, die über die betr. Person auf der Fabrik umlaufen, zum Schweigen gebracht werden! Diese Herren mögen es sich gefällig sein lassen: Wir lehnen es ab, mit denselben Mitteln zu operieren, für uns ist und bleibt „der Denunziant der größte Schuft im ganzen Land.“

Wie im übrigen sich Herr Richter das „Zuwohlwerden“ der Arbeiter bei dem horrenden täglichen Gesamtlohn von sage und schreibe 3,50 Mk. vorstellt, ist uns unverständlich. Nützlicher wäre es schon, wenn jedem dieser Glücklichen ein Rezept verabsolgt würde, wie er mit dieser Summe sein Haushaltsbudget ins Gleichgewicht bringen kann. Bei der gegenwärtigen Verteuerung aller Lebensmittel kann doch nicht behauptet werden, daß diesen 3,50-Männern der Kaiser nicht. Namentlich, wenn sie noch eine Familie zu ernähren haben. Und nun einen gerechten Ausgleich zwischen den Kosten der Lebenshaltung und dem Einkommen herbeizuführen, sollten alle Freunde der Volkswohlfahrt mitarbeiten. Den Mund an den Nagel hängen, kann auch der Arbeiter nicht. Gewiß, es zeigen sich zuweilen ganz schöne Blige von sozialer Einsicht, so hat der Staat seinen Angestellten eine Steuererhöhung bewilligt. Die Stadt Hamm tut das Gleiche. Den Beamten in den industriellen Unternehmungen gibt man ein doppeltes Monatsgehalt. Wir gönnten ihnen dieses von Herzen. Entschieden Protest müssen wir aber dagegen einlegen, wenn, wie Figura zeigt, gegen die Arbeiter Ausdrücke gebraucht werden, wie „Bei 3,50 Mark wird's Euch zu wohl!“ Das zeugt von einem Mangel an sozialem Verständnis, der scharfmacherischen Mäuren armen Arbeitern gegenüber verhältnißmäßig ähnlich sieht.

Den Arbeitern wird aber mal wieder mit erschreckender Deutlichkeit gezeigt, wohin die Reise geht. Entweder er hat devotest zu ersterben, oder der Brotkorb wird ihm höher gehängt. Mit Maßregelungen haben große und kleine Scharfmacher schon seit Jahren die aufstrebende Arbeitererschaft niederhalten wollen. Es ist das ein lächerliches Beginnen. Stärker und mächtiger denn je steht die christliche Gewerkschaftsbewegung da, bereit, unsere Menschenrechte zu vertreten. Darum, Arbeiter von Abteilung C. und Westteil von der Drahtindustrie: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband, nur der kann und wird eure Interessen vertreten; mit den falscherischen Nebenarten gewisser Leute ist euch nicht geholfen.

**Luzern (Schweiz).** Von der christl. Metallarbeitersektion Luzern erhalten wir folgende Zuschrift: Unsere deutschen Kollegen haben nach vielfach die Ansicht, die Schweiz wäre von Arbeitern überlaufen. Bei den Metallarbeitern resp. Schlossern ist das nicht der Fall wenigstens in Luzern nicht. Da wir nun in der Lage sind, etwa 10 Schlosser hier plazieren zu können, so möchten wir die Kollegen, welche eventuell gezeugt wären, nach Luzern zu kommen, auf unsern Arbeitsnachweis aufmerksam machen. Adresse deselben ist: Arbeitsnachweis der christlichen Metallarbeitersektion Luzern, Friedenstraße 8. Es ist notwendig, daß sich die Kollegen vorher bei demselben anmelden, damit wir ihnen die betr. Stellen nachweisen können. Den Kollegen ist dadurch Gelegenheit geboten, das weltberühmte Luzern mit seiner herrlichen Gegend kennen zu lernen. Hier kann auch jeder Kollege seine ganze Kraft in den Dienst der christl. Organisation stellen, denn unserer jungen christlichen Gewerkschaftsbewegung mangelt es noch immer an geschulten und agitatorischen Kräften. Möge nun das Land, welches uns bis jetzt umschlungen hat, noch weiter umschlingen zum Wohle der christlichen Arbeitererschaft aller Länder.



**Delbe.** Raum daß wir hier eine lebensfähige Ortsgruppe unseres Verbandes gegründet haben, setzen die Sozialdemokraten mit einer infernalischen Hege gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung ein. Was da alles zusammengelogen wird, das spottet jeder Beschreibung. Die hiesigen Kollegen, wenn auch noch jung in der Bewegung, sind auf den Posten, wenn es gilt die Ehre unseres Verbandes zu wahren. Für Sonntag, den 17. März beräumten wir eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit freier Diskussion an, um den Kollegen Gelegenheit zu geben, vor dem Forum der Öffentlichkeit ihre verläumderischen Behauptungen zu beweisen. Als Referent war unser Bezirksleiter Kollege Weinbrenner-Hamm zur Stelle. Die Genossen hatten sich ihren Hauptling Buse aus Bielefeld kommen lassen und waren sie alles in allem etwa in Stärke von 50 Mann erschienen. Kollege Weinbrenner führte in dem Vortrage so recht die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung vor Augen. Einige rigorose Maßnahmen des neu gegründeten Arbeitgeberbundes von Delbe, die ihm vor der Versammlung von einigen Arbeitern mitgeteilt worden waren, unterzog einen strengen aber sachlichen Kritik. Die Genossen forderte er auf, ihre Annemärchen, die man unter der Hand verbreitet habe, in der Diskussion zu wiederholen. Der demonstrative Weisfall der Kopf an Kopf gedrängten Arbeiterschaft zeigte so recht, wie ihnen der Referent aus dem Herzen gesprochen hatte. In der Diskussion meldete sich Herr Alfons Buse aus Bielefeld zum Wort. Wer nun glaubt, daß Herr Buse in der ihm zugestandenen freien Redezeit Stellung genommen habe zum Referat, der was enttäuscht; auch leitete er sich abgesehen von einigen verdeckten Seitenhieben keine Schimpferenade über die Christlichen; das tut er nur, wenn von uns niemand da ist, oder nur solche, die in öffentliche Rede unsere Sache noch nicht vertreten können. Gottvoll war ferner sein Einverständnis, daß er die deutsche Arbeiterbewegungsgesetze nicht als Bettelstuppen betrachten könne. Im Allgemeinen war seine Tagesleistung ein politischer Eintanz, er bewegte sich um den Streitpunkt herum, wie die Kage um den heißen Brei. Kollege Weinbrenner war es ein Leichtes, das inhaltlose Geschwafel zu zerpfücken, und legte den Anwesenden so recht die nichtsnutzige Art und Weise des Genossen Verläumderfeldzuges klar. Zum Schluß machten die Sozialdemokraten einen recht bedrückten Eindruck. Ja, ja, Herr Buse mag sich gewundert haben, daß es außer dem roten Bielefeld, noch andere Gefilde gibt in Deutschland, wo man an die Heilkraft der seiner Ansicht noch alleinsetzenden Sozialdemokratie nicht glaubt. Aber die Verläumder, die das blaue vom Himmel heruntergelogen nach dem Möllerschen Rezept „Die Massen muß man freiheln und die Führer vor den Hauch treten“, sie zogen ab mit den Krainscheiben der Schablonenbildung an der Stirn. Unsere Ortsgruppe hat sich durch die Versammlung verdoppelt, das ist der Beweis dafür, daß in Delbe kein Platz ist für Verläumder. Ja, sie kämpften mit den schäblichsten Mitteln. Darum Arbeiter von Delbe, der letzte Metallarbeiter muß in den christlichen Metallarbeiterverband. Hoch das Panier der christlich und nationalen Arbeiterbewegung.

**Wallau.** Zum ersten mal seit Bestehen unserer Ortsgruppe hielten wir am 23. März eine öffentliche Versammlung in unserm Nachbarort Weisenbach ab. Kollege Buchner-Siegen verstand es, die zahlreich erschienenen Kollegen in seinem trefflichen Referat für die christliche Gewerkschafts Sache zu begeistern. Eine Anzahl Neuannahmen und neuer Rat bei den Langgewordenen vor das erfreuliche Resultat der Versammlung. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß derjenige Kollege, welcher die Versammlung angemeldet hatte, schon bei seinem Arbeitgeber denunziert worden war. In seinem Schlußwort geißelte Kollege Buchner diese schmutzige, verräterische Handlungsweise. Einige dieser Anführer sagten sich getroffen zu fühlen, da sie es noch gewagt hätten, hier persönlich ihre Schande anzuhören. Wie bezogene Budeel ichlichen sie von dannen. — Kollegen von Wallau und Umgebung! Jetzt heißt es arbeiten und agitieren, um den Verband immerfort zu stärken. Jeder sei Agitator und fühle sich verantwortlich für den Fortschritt der christl. Organisation. Auch die Arbeitgeber, insbesondere Dr. Heder werden noch einsehen, daß sie ihre zuverlässigsten Arbeiter unter den Organisierten haben, wie dieses überall der Fall ist. Wir dürfen sich darauf sein, dem christl. Met. Verband anzugehören und werden alles daran setzen, denselben zu stärken und zu festigen, zum Wohle der hiesigen Arbeiterschaft.

**Finnentrop.** Hier will es mit der Organisation zur schwer vorwärts gehen. Unter den Arbeitern herrscht eine unglaubliche Gleichgültigkeit und auch ein schäblicher Egoismus. Am 17. März

hatten wir eine Mitgliederversammlung anberaumt, zu der auch unorganisierte Kollegen eingeladen waren. Da zeigte sich, wie wenig Interesse die hiesigen christlich gesinnten Metallarbeiter an ihrer eigenen Sache haben, denn nur wenige der Eingeladenen waren erschienen.

Kollegen von Finnentrop! So darf das unter keinen Umständen weiter gehen. Wir bedürfen hier ganzer Männer und der Mitarbeit aller christlichen Arbeiter, um unsere Verhältnisse zu bessern und die Arbeiterschaft zur Geltung zu bringen. Deshalb einmal herunter mit der Schlafmütze und ein jeder sei Agitator; unterstützt den Vorstand, insbesondere in der Kleinarbeit. Dann bricht auch uns die Morgenröte einer besseren Zeit an, und wir werden dann in nicht zu ferner Zeit eine bessere und eine zufriedeneren Arbeiterschaft haben. Dann brauchen die Kollegen nicht mehr zu schimpfen und zu nörgeln, wie sie bis jetzt getan haben. Darum ein jeder recht denkende Arbeiter hinein in den christlichen Metallarbeiterverband und leuchtet fleißig die Versammlung, damit ihr in dieser schweren Zeit gut geschult seid. Dann können wir unsern roten Gegnern zurufen: „Macht Platz für unsere Fahne, Christlich sei's Panier.“

**Literarisches.**

**Die christl. Gewerkschaften in der Arbeiterbewegung, in der Volkswirtschaft und im öffentlichen Leben.** Dieses Thema wurde bekanntlich vom Koll. Wiesberts auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Breslau behandelt. Der Kongress beschloß, das Referat in Broschürenform herauszugeben. Soeben ist diese Broschüre erschienen. Das Referat ist in derselben, durch die in der Diskussion hervorgetretenen wichtigeren Gesichtspunkte, sowie durch ein umfangreiches Nachwort erweitert worden. Es stellt daher eine handliche Broschüre von 56 Seiten dar. Die Broschüre kostet im Buchhandel 50 Pfg. Für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften wurde eine Massenausgabe hergestellt, die zu 15 Pfg. verabsolgt wird. — Jedes Mitglied der christlichen Gewerkschaften sollte sich ein Exemplar beschaffen, da dies die erste kleine Schrift ist, die als eine Erläuterung des Programms der christlichen Gewerkschaften anzusehen ist. Die Broschüre ist nach folgenden kleineren Kapiteln disponiert:

1. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften in der deutschen Arbeiterbewegung. Die Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihre Ursachen. Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind eins. Ist das Christentum ein fremdes Element in der Arbeiterbewegung. Unsere Stellung zu den kath. Fachabteilungen. Die Notwendigkeit einer selbständigen Arbeiterbewegung.
2. Die christlichen Gewerkschaften in der Volkswirtschaft. Ursachen des Streiks. Die Entwicklung der Lohnarbeit in der Volkswirtschaft. Die Gewerkschaftsbewegung ist kein Hindernis für Fortentwicklung der Volkswirtschaft. Zusammengehen der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die wirklichen Hindernisse für eine friedliche Entwicklung der Volkswirtschaft.
3. Die christlichen Gewerkschaften im öffentlichen Leben. Unpolitischer Charakter der christlichen Gewerkschaften. Stellung zur Agrarfrage. Die Landarbeiterfrage. Die Notwendigkeit der politischen Betätigung der christlichen Arbeiter. Kritiker der christlichen Gewerkschaften. Schluß.
4. Ein Nachwort. Die christlichen Gewerkschaften und die Sozialreform. „Christliche Grundzüge.“ Das Fuldaer Pastorale. Arbeitervereine und Gewerkschaften. Der Streik. Bestellungen sind an die Zentrale unseres Verbandes zu richten.

**Briefkasten.**

Kollege J. Breslau und G. Augsburg. Besten Dank für die Zusendungen, die wir zu den Akten legen. Von der Veröffentlichung dieses Materials für die Ehrenliste wollen wir vorläufig absehen, da der „Regulator“ seine „christl. Ehrenliste“ anscheinend geschlossen hat. Unsererseits sollen die Gegenstände nicht durch die Uebersetzung des Kampfes aufs persönliche Gebiet unnötig verschärft werden. Kollege Sch. W. Warum denn den Gefräßigkeiten spielen, wenn mal ein Artikel nicht angenommen wird? Das ist ein häufiger und großer Fehler der Mitarbeiter, daß sie sofort verärgert sind und die Mitarbeit einstellen, wenn nicht alles nach ihrem Wunsch gehen kann. Uebigens kann eine Arbeit auch recht fleißig und trotzdem nicht zur Ver-

öffentlichung geeignet sein. Nur kein Unmut, sondern weiter so, denn es fällt kein Meister vom Himmel herab.

Agitationsspezial Essen Sonntag, den 1. April, nachm. 2 Uhr findet bei Wirt Dürbs in Gellenshofen, Vereinsstr. 39, die bischöfliche Bezirkskonferenz statt. Alle Ortsgruppen bew. Zeitonen müssen durch einen Delegierten vertreten sein. Die Tagesordnung ist denselben bereits zugestellt. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

**Versammlungs-Kalender.**

- Annem. Sonntag, den 21. April, morgens 11/2 Uhr, Versammlung mit Vortrag bei R. Hoppel.
- Nassen Wirtscheid. Sonntag, den 21. April, morgens 11 Uhr Monatsversammlung bei B. Finen, Dammstr. 17.
- Nieu-Neckum. Sonntag, den 21. April, vormittags 11/2 Uhr im Verkehrslokal. Referent Kollege Weinbrenner.
- Duisburg. Sonntag, den 21. April, abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Bahndhof.
- Dinslaken. Nächste Versammlung am 21. April, vormittags 11 Uhr beim Wirt Dreymöhlen.
- Falken. Geben 2. und 4. Sonntag im Monat.
- Deilbrück. Samstag, 27 April, abends 9 Uhr, Versammlung mit Vortrag beim Wirt Northofsdöhen.
- Essen-Stadt. Sonntag, den 21. April, morgens 11 Uhr, im Altbüchereis.
- Kray-Stein. Sonntag, den 21. April, morgens 11 Uhr bei Garten erg-Kray.
- Essen-Segeroth. Sonntag, den 21. April, abends 7 Uhr bei Büsch.
- Berge-Borbeck. Sonntag, 21. April, morgens 11/2 Uhr, bei Hermann. Achtige Tagesordnung.
- Kellinghausen. Sonntag, den 21. April, morgens 11 Uhr, bei Koeshe.
- Altenessen. Sonntag, 21. April, morgens 11 Uhr bei Esser.
- Gummersich. Sonntag, 21. April, vorm. 11 Uhr, Quartalsversammlung mit Vortrag des Kollegen Franzen.
- Driesdorf. Sonntag, den 21. April, abends 8/9 Uhr allgemeine Mitgliederversammlung mit Vortrag des Zentralvorsitzenden Kollegen W. über die Tagesordnung.
- Wisselburg. Samstag, den 20. April, abends 8/9 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Franzen bei Römer. Mitglieder sind mitzubringen.
- Kalk. Sonntag, den 21. April, morgens punkt 10 Uhr bei Schorob.
- Münsterberg. Pm 23. April, abends 8 Uhr im Gellenshofen, Laubstr. 7, große Kartellversammlung. Referenten die beiden Sekretäre Kollege Konrad und Großmann. Es ist Ehrenpflicht eines jeden Einzelnen, für einen regen Besuch Sorge zu tragen. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß ab 10. April ein neuer Kartellunterrichtskursus begonnen wird. Derselbe findet alle 8 Tage, immer Mittwochs 1/2 9 Uhr in der Restauration Bielefelder, Naderstraße statt.
- Delbe. Sonntag, den 21. April, vormittags 11/2 Uhr im Verkehrslokal bei Sommer.
- Oggerdheim. Die Versammlungen finden wie den Koll. noch erinnerlich in den Sommermonaten wieder alle 14 Tage, Samstagsabends 1/2 9 Uhr statt. Und zwar die nächste am 20. April.
- Bfrozheim. Nächste Versammlung am 20. April abends 8 Uhr (abbl eines Kaffeees) Lokal um „Prinz Wog“.
- Rheine i. B. Sonntag, 27. April, abends 8 Uhr, Versammlung. Referent: Kollege Franzen.
- Thale a. H. Sonntag, den 28. April 4 Uhr Monatsversammlung im W. Hirsch. — Mittwoch, den 1. Mai 8 Uhr abends große öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referent Verbandsvorsitzender Wieser, Duisburg. Koll. agitiert für guten Besuch der Versammlung.

**Gewerkschaftsbeamter gesucht!** Wegen Ausschleiben des jetzigen Beamten Kollegen Massenbeil, durch Übernahme einer anderen Stellung, ist bei der hiesigen Ortsverwaltung die Stelle in kürzester Frist neu zu besetzen. Bewerbungen sind: 1. Eine zweijährige Zugehörigkeit zum Verband. 2. Einreue und des Lebenslaufes, sowie Nachweis über die bisherige Tätigkeit im Verband. 3. Eine schriftliche Arbeit über die Aufgabe eines Gewerkschaftsbeamten. Gute Rednergabe und tüchtige Kenntnisse auf dem Kassens- und Verwaltungsgebiete. Das Anfangsgehalt beträgt 180) Mk. Geeignete Bewerber wollen ihre Bewerbungsgesuche mit den beiden oben bezeichneten Schriftstücken bis spätestens 5. Mai er. an die Adresse des Unterzeichneten einreichen. Ortsverwaltung Essen

**Tüchtige Fahrradflößer, Monteur und Reparatoren, sowie Radspanner** gegen hohen Lohn sofort gesucht. Schriftliche Angebote unter Angabe des Alters sind zu richten an **Rahrgangfabrik Gienach.**

**— Tüchtige —**  
**Kupfer Schmiede**  
 für Apparatebau bei guter Bezahlung für dauernde Arbeit sofort gesucht. Nur durchaus tüchtige Leute wollen sich melden.  
**W. C. Heraeus, Hanau a. M.**